

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 66.

Freitag, den 19. März 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Zum 18. März.

AK. Wie alljährlich gedenkt auch heuer das Proletariat am 18. März seiner Todten. Nicht erheuchelter, auf klingenden Lohn lauernder Jubel, nicht künstlich entfachte, für das Auge berechnete „Begeisterung“ kennzeichnen diese Feier, sondern aufrichtige, ehrliche Dankbarkeit, Muth zum täglichen Ringen und unerschütterliche Siegeshoffnung. Nicht mit handgreiflichen, historischen Lügen entehrt die Klassenbewusste Arbeiterschaft ihre Gedenktage, nein, sie ruht sie aus, um immer wieder vorurtheilslos und offenerzig aus den Lehren der Geschichte die Richtschnur für ihr künftiges Handeln zu entnehmen.

Die durch imponirende Mähe und Würde sich von hurrahpatriotischen Demonstrationen vorthellhaft unterscheidenden Märzfeiern der internationalen Sozialdemokratie gaben des Oesteren der ordnungsparteilichen Presse Anlaß zu giftigen Deklamationen über die auf gewaltthätigen Umsturz alles Bestehenden zielenden Bestrebungen der Nothen, und erfindungsreiche Staatsanwälte strengen bei dieser Gelegenheit vielfach ihren Scharfsinn auf das Neueste an, um Verstöße gegen den bestimmten Paragraphen des Strafgesetzbuches zu entdecken, der da handelt von der sogenannten Aufreizung zum Klassenhaß.

Sie alle handeln in absoluter Unkenntniß des Wesens der modernen Arbeiterbewegung, sie alle unterschreiben derselben Tendenzen, die der Vergangenheit angehören, Tendenzen, die einst die heute herrschende Klasse verfolgte, denen aber die Sozialdemokratie kraft ihrer Kenntniß der wirtschaftlichen Entwicklung mit Recht entsagt hat.

Wir lächeln über die blöden Angststeier, welche da glauben, schon hinter jedem Streik lauere die Hydra der Feigabel-Revolution. Schon bürgerliche Politiker haben eingesehen, daß alle Revolutionen nicht den bloßen Zweck gehabt haben, irgend etwas in blinder Vernichtungswuth auf den Kopf zu stellen. So sagt schon Edg. A. Bauer in den „Hallischen Jahrbüchern“ 1842:

Nicht Menschen wurden verjagt in der Revolution, sondern Meinungen, die Ideen einer ganzen vergangenen Zeit; nicht Menschen wurden getödtet, sondern Meinungen und Ideen einer alten und einer neuen Zeit.

Und die Sozialdemokratie ist der Meinung, daß die kommende Revolution, die uns aus der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft hinüber führen wird, auch nicht einen einzigen Blutstropfen zu kosten braucht, und sie wird, was an ihr liegt, bemüht sein, ihrer Meinung Geltung zu verschaffen.

Daran hindern sie nicht die wahrwichtigen Bestrebungen gewissenloser Gegner, die den rothen Lappen schwenken, bis der schlotterbeinige Spießbürger den Wiederschneidenden Dörfer zu erblicken vermeint; daran hinderte sie nicht die täglichen Provokationen thatendurstiger Ordnungshelden, die es gar zu gerne sähen, wenn der Säbel, welcher haut, und die Flinte, welche schießt, einmal in Aktion träten; daran hindert sie auch nicht der Umstand, daß das wachsende Massenelend das Volk mehr und mehr erbittert und zum Aufruhr treibt.

Im engen Familienkreise, bei der Arbeit, in der Versammlung, durch Wort und Schrift sorgt sie dafür, daß ihre Ideen hinausgetragen werden unter die Proletarier aller Länder bis in die fernste Hütte. Und ihr dadurch wachsender Einfluß bietet die einzige Gewähr für die friedliche Entwicklung der Dinge. Nicht die zu jeglicher nützlichen Thätigkeit unfähige, in ihrer Todesangst zu verzweifeltsten Mitteln greifende Bourgeoisie bürgt für den normalen Verlauf der gewaltigen gesellschaftlichen Umwälzungen, die uns bevorstehen, sondern die vielversäffteste Sozialdemokratie, die unter den schwierigsten Verhältnissen sich redlich müht, aus Arbeitsmaschinen denkende Menschen, aus Unfreien ihres persönlichen Adels und Werthes bewusste Freie heranzuziehen.

In diesem Streben wird sie aussharren allen feindlichen Mächten zum Trost, und zu diesem Streben wird ihr die Erinnerung an die unvergeßlichen Heldenthaten vergangener Zeiten, welche der heutige Tag wachruft, neuen Muth einflößen.

Siegreich und ungebeugt ist sie aus allen Kämpfen hervorgegangen, neuen Siegen sieht sie entgegen.

Auf denn, Gefinnungsameraden,  
Bekräftigt heut aufs Neu den Bund!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Reichstagspause. Von Sonnabend bis Mittwoch sollen die Reichstags-Sitzungen wegen der Zentenarfeier ausfallen.

Die sozialdemokratische Fraktion erörterte in ihrer letzten Sitzung auch die Vorgänge im Orient. Man einigte sich, in der Art Stellung zu nehmen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Kretenier anerkannt und gegen jede gewaltthätige Einmischung Deutschlands Protest erhoben wird.

Die Entscheidung über die Wiederannahme des Verfahrens im Essener Meincidsprozeß dürfte im Laufe dieser Woche gefällt werden. Nach der Strafprozessordnung hatten die Verurtheilten das Recht, sich über den Antrag zu äußern. Die Frist hierzu war am 14. d. Mts. abgelaufen.

Die Cyberwilligkeit zur Erhaltung des gegenwärtigen Regiments, so schreibt die „Korr. für Centrumsblätter“ bei der Erörterung der Marineabstimmungen, hat doch auch ihre Grenzen; schließlich stellt sich die Frage ein, ob ein Ende mit Schreden nicht besser ist als ein Schreden ohne Ende. Der Vorgang mit der „Deutscheit“ hat ja auch die realpolitische Bedeutung des „Regiments Hohenslohe“ sehr abgeschwächt erscheinen lassen. Wie kann man sich schwere und gefährliche Lasten zu Gunsten einer sogen. Regierung aufbürden, wenn jeden Augenblick aus heiterem Himmel „Ueberziehungen“ hereinbrechen können, welche die ganze Verrechnung über den Haufen stürzen!

Zum Handelsgesetzbuch haben die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder beantragt: Dem Artikel 1 des Einführungsgesetzes folgenden Zusatz zu geben:

„Der sechste Abschnitt des ersten Buches des Handelsgesetzbuchs (bezieht sich auf die Verhältnisse der Handelsgesellschaften und Verhältnisse Kündigungskauf, Konkurrenzkauf, soziale Verpflichtungen in Bezug auf Wohn- und Schlafräume — Arbeitszeit!!) tritt am 1. Januar 1898 in Kraft.“ — Ferner dem Reichstage folgende Resolution zur Annahme zu empfehlen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, für die nächste Session die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zur Regelung der Betriebsverhältnisse im Handelsgewerbe zu veranlassen, wonach 1) Handlungsgehilfen und Lehrlinge nicht länger als täglich zehn Stunden, und nicht in der Zeit von acht Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens beschäftigt werden dürfen; 2) zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Prinzipalen einerseits und Handlungsgehilfen und Lehrlingen andererseits kaufmännische Schiedsgerichte — nach Art der Gewerbegerichte — errichtet werden, 3) die Gewerbe-Inspektion auf das Handelsgewerbe ausgedehnt, und die Beaufsichtigung besonderen Handelsinspektoren übertragen wird.

Daß Herr v. Köller zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein ausersuchen sei und die Berufung annehmen werde, wird von der Kieler offiziellen „Nordostseeztg.“ gemeldet. — Eine unglücklichere Wahl würde jedenfalls nicht getroffen werden können.

Das Entlassungsgesuch des Staatssekretärs Hollmann ist vom Kaiser abgelehnt worden. Herr Hollmann hat sich denn auch am Dienstag sehr munter an den Verhandlungen der Budgetkommission wieder persönlich betheilig. Die „Post“ weiß zu melden, daß über die Flottenpläne im Reichstag am Dienstag Mittag längere Konferenzen stattfanden zwischen den Centrumsführern Dr. Lieber und Prinz Arenberg einerseits und dem Staatssekretär v. Boetticher und dem bayerischen Gesandten Grafen Verchenfeldt andererseits. — Wir haben, schreibt Eugen Richter in seinem Blatte von solchen Verhandlungen sowie überhaupt von einer Veränderung in der Stimmung des Centrums nichts wahrgenommen. Die „Germania“ schrieb denn auch am Dienstag Abend:

„Wenn gegenwärtig hier in freundschaftlicher Weise und dort von „nationalen“ Radaupolitikern in bräcker Art dem Wunsch oder Verlangen Ausdruck gegeben wird, das Centrum müsse sich umstimmen lassen, und wenn sogar behauptet wird es seien Anzeichen für einen Umschwung der Stimmung im Centrum vorhanden, so daß vielleicht die ganzen Marineforderungen bewilligt werden, aber ein neuer Kreuzer angenommen werde, so müssen wir nach unserer Kenntniß der Stimmung im Centrum erklären, daß wir von Anzeichen einer Umstimmung“ bis jetzt noch nichts haben bemerken können.“

Ueber die Chancen der Marinevorlage spricht sich die „Frf. Btg.“ wie folgt aus: Die größeren Bewilligungen geneigten Parteien der Konservativen, Freikonservati-

ven, Antisemiten und Nationalliberalen verfügen einschließlich von 8 Wäldern über 154 Stimmen. Rechnet man dazu noch Ahlwardt und Böckel, so kommt man auf 156 Stimmen. Da die Zahl der Abgeordneten gegenwärtig 395 beträgt, so würden diesen 156 bei vollbesetztem Hause 239 gegenüberstehen. Sollte die Freisinnige Vereinigung der Minderheit hinzutreten, so würde dieselbe doch nur anwachsen auf 171 gegen 224 Stimmen. Zu derjenigen Mehrheit, welche 1893 die Militärvorlage bewilligte, gehörten außer der Freisinnigen Vereinigung noch die Polen und einzelne Mitglieder des Centrums. Auch hat die damalige Mehrheit seitdem durch die Nachwahlen erheblich eingebüßt.

Am eifrigsten und geradezu leidenschaftlich für die Flottenbewilligung geberden sich die Nationalliberalen. Diese Stimmung ist zurückzuführen auf eine Konferenz, welche die Führer der Nationalliberalen — auch Herr v. Bennigsen war in Berlin anwesend — am Dienstag voriger Woche im Kastanienwäldchen (wo Miquel wohnt Ned. d. „L. B.“) hatten. Herr Miquel hat dort gegenüber dem Marine-Gat durchaus nicht zu derjenigen Sparsamkeit ermahnt, welche er im preussischen Staatshaushalt stets zu betonen pflegt.

Die „Nationalztg.“ meint, eine Entscheidung über das Abschiedsgesuch Hollmanns werde erst nach den Plenarbeschlüssen des Reichstags erfolgen. Die politische Lage sei nach wie vor als eine ernste anzusehen. Die neueste „Belastungsprobe“ sei für die Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung vielleicht zu stark. Wenn aber diese Regierung durch die Nichtbewilligung von zwei Kreuzern umgeblasen werden kann, so muß es mit ihr schon vorher sehr windig ausgesehen haben und würde als ein Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers nur anzusehen sein als die Benützung einer Gelegenheit, aus einer aus an anderen Gründen, welche nicht parlamentarischer Art sind, unerträglich Situation herauszukommen. Unter diesen Verhältnissen würde selbst eine Kreuzerbewilligung die Amtsdauer des Reichskanzlers und seiner Freunde im Ministerium nur für eine kurze Zeit zu fristen im Stande sein, desto mehr aber das Ansehen des Reichstags und seiner ausschlaggebenden Partei schädigen.

### Oesterreich-Ungarn.

Ueber die Wahlergebnisse urtheilt die „Wiener Arb.-Btg.“, unser österreichisches Zentralorgan:

Das ganze industriereiche Deutsch-Böhmen wird in der fünften Kurie durch sozialdemokratische Abgeordnete vertreten sein. Doch nicht nur Deutsch-Böhmen, auch das tschechische Böhmen, soweit die industrielle Arbeiterschaft einen bedeutenderen Theil der Bevölkerung ausmacht, ist uns zugefallen. Das Pilsener und Smichower Mandat sind uns nach dem ersten Wahlgang zugefallen. In den meisten der übrigen Wahlkreise Böhmens haben unsere tschechischen Brüder ansehnliche, theilweise erstaunlich große Minderheiten erreicht. Und doch ist damit noch lange nicht ausgesprochen, was die tschechischen Genossen in Böhmen wie übrigens auch in Mähren geleistet. Die Bergarbeiter, die doch zu einem sehr großen Theil tschechischer Nationalität sind, haben durchwegs, ja geradezu geschlossen für die Sozialdemokratie gestimmt. Das ist ein Erfolg, wie ihn bisher unter den Bergarbeitern nicht einmal die deutsche Sozialdemokratie in gleicher Weise erzielt hat. Noch stehen die Nachrichten über die Wahlergebnisse in einigen der wichtigsten Städte, in Prag und Graz, aus, und über das Gesamtresultat fehlt uns noch vielfach der genauere Ueberblick; aber so viel kann man jetzt schon ohne Ueberhebung sagen: diese erste Wahlprobe hat gezeigt, daß hinter der österreichischen Sozialdemokratie mit ganz geringen Ausnahmen, die industrielle Arbeiterschaft Oesterreichs steht. Dem glänzenden Sieg in Krakau hat sich der ebenso glänzende Sieg in Bemberg angeschlossen. Die Sozialdemokraten haben den Schlachzigen beide Hauptstädte des Landes entrißen, das „polnische Rom“, die „historische Hauptstadt Polens“ und der Herrscherthron der Baden und Sanguis. Alle die unbeschreiblichen Wahlschwindelarten, Gewaltthaten, alle Gesetzverletzungen haben den Schlachzigen den Hauptzweck nicht gesichert: die Solidarität des Polenklubs, dieses höchst unheilvolle Schweigen über die Unterdrückungen und Ungerechtigkeiten, denen das galizische Volk zum Opfer fällt, ist gebrochen. Den „Amischen und ruthenischen Arbeitern und Bauern sind in Daszynski und Rozakiewicz zwei unerlöschene und furchtbare Anwälte erstanden. Die offiziöse Presse des



Grafen Wadeni, die ein förmliches Jubelgeheul über den Sieg der Merikalen in Wien angestimmt hat, versucht heute vergebens durch schlecht gelungene Späßchen den armen Wadeni in seiner schlechten Laune wenigstens zu trösten.

Einen der Ältesten und bewährtesten Kämpfer der polnischen Sozialdemokratie hat das Volk von Lemberg zu seinem Vertreter erwählt. Seit zwei Jahrzehnten steht Rozakiewicz in den vordersten Reihen des furchtbaren Kampfes, den das polnische Proletariat zu führen hat. Nicht nur in Galizien, auch in Preussisch- und in Russisch-Polen hat er an der Bewegung teilgenommen. Er hat die liebende Sorgfalt der Preußen und Russen wie der stammesgenössischen Schlachzigen für Recht und Freiheit im polnischen Volke mehrfach am eigenen Leibe erfahren, er kennt die Kerker und Gensdarmen und die übrigen Ordnungsrichtungen aller drei Vaterländer des polnischen Volkes.

### Italien.

Merlino, ein bekannter italienischer Anarchist ist zur besseren Einsicht gekommen. Er hat endlich eingesehen, daß die Anarchisten mit ihrer unfruchtbaren Tätigkeit nur das Spiel der Reaktion fördern. Klipp und klar spricht das Merlino in einem Artikel unseres italienischen Centralorgans, der „Avanti“ selbst aus. Er schreibt nämlich: „Zu lange haben die Anarchisten dadurch, daß sie die Arbeiter von der Bahn politischer Aktion und namentlich vom Wählen fern zu halten suchten, das Spiel der Reaktion gefördert. Angesichts der verbrecherischen Pläne Rudinis ist es notwendig, daß alle italienischen Arbeiter und Revolutionäre sich an der Wahlschlacht beteiligen, die jetzt begonnen hat, und die über die nächste Zukunft Italiens entscheiden wird.“ — Gut! „Spät kommt er, doch er kommt.“

### Griechenland.

Kreta. Bis hier liegt die Meldung von der Proklamtion der Blockade noch nicht vor. Man hat es anscheinend nicht sehr eilig, mit den sogenannten Zwangsmaßnahmen zu beginnen. Wie die Post hört, besteht die Absicht, leise anfangend, je nach Bedürfnis eine allmähliche Verschärfung eintreten zu lassen, wenn nicht Griechenland, dem Ernste der Lage entsprechend, sich inzwischen den Forderungen der Großmächte fügt. — Nach neueren Meldungen sind bei der Explosion an Bord des russischen Kriegsschiffes „Sisyoi Weliki“ ein Offizier und dreizehn Mann getötet und ein Offizier und 16 Mann verwundet worden.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 17. März.

193. Sitzung.

Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundesrathssitz: v. Bötticher, Niederberg. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag v. Kardorff (N.) und Genossen auf Abänderung der Wädereiverordnung in Verbindung mit dem Antrag des Abgeordneten Nider (Fg.), Berathung der Petitionen, welche von der Petitionskommission zur Erörterung für ungeeignet erachtet worden sind, betr. Einschränkung der Arbeitszeit in Wädereien.

Es liegt hierzu ein Antrag Pichler (Z.) auf Uebergang zur Tagesordnung vor.

Graf v. Stolberg (N.): Wir erklären uns gegen die Wädereiverordnung, aber nicht gegen jede Sozialreform. Unter einem Wäder stellen wir uns einen kräftigen, gesunden, gut genährten Mann vor und waren erstaunt, durch die Verordnung zu hören, daß das nicht der Fall sei. In der Verordnung wird gesagt, die lange Arbeitszeit wirke gesundheitschädlich; thatsächlich sei das aber nicht bewiesen. Die Gesundheitschädlichkeit im Wädereigewerbe läßt sich nicht nachweisen, weil sie nicht existirt. Die Verordnung hat die größten materiellen Schädigungen für die Wädereien im Gefolge gehabt. Warum hat man sich überhaupt ein Handwerk ansäugelt? Gerade das Handwerk soll hoch geschätzt und unterstützt werden. In den Wädereien bestand bisher ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen, das jetzt gestört ist. Deshalb bedauere ich die Verordnung am allermeisten. Am liebsten sehen wir eine völlige Aufhebung der Verordnung. Wir wollen aber nicht so weit gehen, wir bitten, die Verordnung nur auf die großen Wädereien in den Städten über 50 000 Einwohner zu beschränken. (Weisfall rechts.)

Staatssekretär v. Bötticher: Wir haben im Hinblick auf die vielen Klagen über die Wädereiverordnung Ermittlungen über die Wirkungen der Verordnung angestellt und Berichte eingefordert. Die Berichte liegen vor, lauten aber sehr verschieden. Ein sicheres Urtheil über die Wirkungen glauben noch nicht abgeben zu können. Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen, Mecklenburg, Strelitz, Schwarzburg-Sonderhausen, Neuß a. S. Wegen einer Aufhebung haben sich erklärt Preußen, Sachsen und Neuß a. S. Eine schwerere Schädigung des Wädereigewerbes soll eingetreten sein in einzelnen Städten Bayerns, in Sachsen-Weimar und Meiningen, Hamburg, Lübeck. Die Meister sollen hier nicht in der Lage sein, ohne Verstärkung der Arbeitskräfte mit der Maximalarbeitszeit auszukommen. Das wird z. B. aus Nürnberg berichtet. Die Regierung von Oldenburg hält eine Schädigung für eine Uebergangszeit nicht für ausgeschlossen. Altenburg hält eine Schädigung nicht für vorliegend. In Preußen ist die Mehrzahl der Regierungspräsidenten für die Verordnung; sie erklären die Klagen für übertrieben oder unbegründet. Einzelne äußern sich sogar dahin, daß die Verordnung den Wädereimern nicht einmal wesentliche Unquemlichkeiten bereite. In einem Bezirk haben sich die Wädereimeister selbst dahin ausgesprochen, daß die Verordnung sich besser bewährt habe, als sie vermutet hätten und daß sie die Verordnung für durchführbar hielten. Die von den Gegnern gerügten Uebelstände, u. A. eine gewisse Denunziationslust seitens der Gesellen, Unbotmäßigkeit der Gesellen und Lehrlinge, haben sich in Magdeburg gezeigt, von dort wird auch über mäßigen Wirthschaftsbesuch der Gesellen berichtet. In einem Berichte heißt es: Hier sucht die sozialdemokratische Partei die Wädereigesellen dadurch zu gewinnen, daß sie die Verordnung als sozialdemokratische Errungenschaft hinstellt. (Abg. Singer: „Ist sie ja auch!“ Große Heiterkeit.) Andererseits heißt es in einem Berichte, durch die Verordnung sei der sozialdemokratischen Agitation ein gut Theil Boden entzogen. Nach diesen widersprechenden Berichten muß die Regierung abwarten. Vielleicht läßt sich eine Abänderung bezüglich der Arbeitszeit an den Tagen vor den Sonn- und Festtagen erreichen. An eine Aufhebung der Verordnung kann die Regierung nicht denken.

Dr. Hise (zur Geschäftsordnung): Es wäre sehr wünschenswert, wenn auch dem Reichstage die Zusammenstellung der Berichte

zugänglich gemacht würde. Eine fruchtbare Diskussion ist erst auf Grund dieses Materials möglich. Ich stelle deshalb den Antrag, den Gegenstand von der Tagesordnung abzuheben.

Minister v. Bötticher: Ein bestimmtes Versprechen kann ich nicht abgeben, obwohl ich persönlich hierzu geneigt bin. Ich werde aber die Regierungen fragen, ob dieselben damit einverstanden sind.

Es entspinnt sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte. v. Hennigsen (N.) schließt sich dem Hise'schen Vorschlage an.

Singer (Z): Es ist nicht Uebergang zur Tagesordnung, wie Abg. v. Kardorff meint, beantragt worden, sondern Vertagung. Für diese Vertagung werden wir in Rücksicht auf die Erklärung des Ministers v. Bötticher stimmen.

Wie haben (Antl.): Auf die Erhebung der Regierung ist meines Erachtens sehr wenig Werth zu legen. (Große Heiterkeit.) Ich bitte, den Hise'schen Antrag abzulehnen.

v. Stumm (N.): Ein solcher Antrag auf Abhebung von der Tagesordnung ist geradezu eine Verwaltung. (Stürmische Heiterkeit Antl.)

v. Kardorff (N.): Ohne unsere Zustimmung kann unser Antrag gar nicht von der Tagesordnung abgehoben werden (Widerspruch Antl und im Centrum.) Sie können ja sonst die Debatte jedes Justizvortrages verhindern.

Hise (Z.): Da den Herren so viel daran liegt, heute über diesen Gegenstand zu sprechen, so ziehe ich hiermit meinen Antrag zurück.

Veibel (Z): Wenn der Abg. Hise seinen Antrag zurückzieht, so nehme ich ihn wieder auf. Wir scheuen gewiß eine Debatte mit der Regierung über die Wädereiverordnung nicht. Aber nach der Erklärung des Ministers wollen wir erst das Material vor uns haben. Ohne dieses Material schlagen wir ja rein in die Luft.

Der Antrag Veibel wird hierauf gegen die Stimmen der gesammten Linken, einiger Nationalliberalen und Centrums-Abgeordneter abgelehnt.

Der oben erwähnte Antrag Pichler auf Uebergang zur Tagesordnung ist damit gegenstandslos geworden.

Die Debatte wird eröffnet.

v. Stumm (N.) bekämpft mit den bekannten Gründen die Wädereiverordnung. Daß nicht mehr Klagen laut werden, liegt daran, daß die Polizeibehörden klüger sind, als die Wäder der Verordnung. Da, wo gar zu große Unzulänglichkeiten für die Wädereimeister entstehen würden, drücken sie ein Auge zu. Wiedersagen gar nicht genug Organe vorhanden, um die Durchführung der Verordnung zu überwachen. Diese Mängel hätte man voranzusetzen können, denn es sei ein Uebel, die Arbeitszeit generell für das ganze Reich zu regeln. Man spreche ganz mit Unrecht von der gesundheitschädlichkeit der Wädereiarbeit. Der eine Arbeiter könne vierundzwanzig Stunden thätig sein, ohne daß seine Gesundheit Schaden leide, während für einen anderen schon zehn Stunden zu viel seien. Die Hauptsache sei, daß ausreichende Schulen angestanden würden. Den sanitären Maximalarbeitstag hält Nider für eine Reihe von Induzirungsfragen für geboten, nicht aber für das Handwerk am allerwenigsten für einen so nothleidenden Zweig des Handwerks, wie es die Wäderei ist. Reduert erinnert daran, daß er die Polizei immer in Schutz genommen habe, auch damals, als alle Welt sich gegen die geheime Polizei erklärte; aber der Rechtsstaat dürfe nicht zum Polizeistaat werden, wozu ihn die Wädereiverordnung mache. (Bravo!)

Kugl (Volksp.), auf der Tribüne schwer verständlich ist im Prinzip für die Wädereiverordnung; abänderungsbedürftig sei sie aber insofern, als an Stelle der Maximalarbeitszeit eine gewisse Minimalruhezeit festgesetzt werden müsse.

Hise (Z.) kann die Nothwendigkeit einer nochmaligen Diskussion nicht anerkennen. Neues sei bisher von den Gegnern der Wädereiverordnung nicht vorgebracht worden. In begriffen sei es, daß die Konservativen es aufgegeben hätten, die Aufhebung der Verordnung zu verlangen und mit einer Modifikation einverstanden seien. Wenn die Konservativen von vornherein diesen Standpunkt eingenommen und auch die Wädereimeister nicht in eine Obstruktionsstellung gedrängt hätten, so wäre an Stelle der täglichen die wöchentliche Maximalarbeitszeit gesetzt worden, wofür sich in der Kommission für Arbeiterstatistik zuerst auch der Vertreter der Sozialdemokratie erklärt hätte. Der Antrag der Konservativen auf Abänderung der Verordnung sei so nichts sagend, daß der ganze Reichstag einschließlich der Sozialdemokraten dafür stimmen könnte, wenn damit nicht im Laube der Eindrücke erwidert würde, als theile der Reichstag die Stellung der Konservativen zur Verordnung. Als die Februar-Erlasse kamen, hätten Herr v. Kardorff und die Konservativen geschwiegen, jetzt aber, wo es sich um die Ausführung handle, erhoben sie leidenschaftlich Widerspruch. Arbeiterschutz verständen die Herren wohl jetzt als Schutz der Wädereimeister. Aus Furcht vor der Agitation der Wädereimeister dürfe man aber die Grundsätze der Februarerlasse nicht preisgeben. (Bravo! im Centrum)

Hilpert (bayer. Bauernb.): Die Wädereiverordnung ist ein Uebel, geeignet, das Gewerbe schwer zu schädigen. Seine Wähler hätten ihn beauftragt, sich gegen die Verordnung zu erklären.

Hasse (N.): Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß der Bundesrath von seinen Befugnissen an der ungünstigsten Stelle Gebrauch gemacht hat, aber wir erkennen an, daß im Wädereigewerbe Mängel vorhanden sind, die beseitigt werden müssen. Es dürfen nicht kränke Gesellen beschäftigt werden; die Arbeits- und Schlafräume bieten Anlaß zum Einstreuen. Wir bedauern, daß man die Maximalarbeitszeit festgelegt hat, wir wünschen eine Abänderung im Sinne des Antrags v. Stumm, der den berechtigten Forderungen Rechnung trägt.

Wie haben (Antl.) beantragt, im Antrage v. Kardorff das Wort „abzuändern“ durch das Wort „aufzuheben“ zu ersetzen. So gegenständig polizeiliche Kontrolle im Fabrikbetriebe wirke, so unheilvoll wirke sie auf das Handwerk. Auf die veranfaßten Erhebungen gebe er nichts, da sie von den Organen ausgeführt werden, die mit der Durchführung der Verordnung beauftragt seien. Die Wädereimeister, welche durch die Verordnung schwer geschädigt würden, wünschten deren vollständige Aufhebung. Die Ideale des Handwerks könnten nur festgehalten werden, so lange jedem Gesellen die Aussicht auf Selbstständigkeit winkte; mache man die kleinen Existenzen kaputt, so bröckle man die Handwerksgehilfen auf das Niveau der Fabrikarbeiter herunter und führe sie deren rein materiellen Anschauungen und damit der Sozialdemokratie zu. In Hamburg z. B. habe immer das beste Einvernehmen zwischen Wädereimeistern und Gesellen bestanden; erst jetzt dränge sich die sozialdemokratische Agitation dazwischen, z. B. bei Gelegenheit der Hundertjahrfeier. Solche Vorwände seien der Wädereiverordnung möglich geworden; daher sei deren gänzliche Aufhebung geboten. (Ironisches Bravo!)

Veibel (Z): Der Abg. Wie haben hat sich wiederholt mit meiner Person beschäftigt. Mein Schweigen darauf wäre eine Bestätigung der Verdächtigungen, die er, ich will hoffen nicht wider besseres Wissen, vorgebracht hat. Es sollen in meiner Werkstatt, als ich noch Kleinmeister war, Anfangs der 70er Jahre die Zustände unter aller Raune gewesen sein. Kann, ein so im öffentlichen Leben stehender, so beobachteter und kontrollirter Mann, wie ich, hätte wohl nicht bis 1897 zu warten brauchen, daß solche Dinge öffentlich gegen ihn vorgebracht würden; ich erkläre, daß die dem Kollegen Wie haben gemachten Angaben von A bis Zügen der allgerneinsten Art sind. Ich habe schon vor 25 Jahren in meiner Werkstatt 10stündige, später 9stündige Arbeitszeit gehabt; ich habe Böhm von einer Höhe gezahlt, daß meine eigenen Kollegen

mir Vorwürfe deshalb machten, sie seien so hoch, daß die Gesellen durch die gemachten Erparnisse zu leicht dazu gebracht würden sich selbstständig zu machen und mit mir zu konkurriren. Stat dessen macht man mir heute derartige Vorwürfe, wie sie Herr Wie haben vorträgt; ich habe seit 1871 bei jeder Reichstagswahl Kandidat; da wäre wohl Gelegenheit genug dazu gewesen. Keinen liche Verdächtigungen hat Herr Wie haben gegen den Wädereimeister Behold vorgebracht. Es ist das der Mann, der allein wagte, für eine zwölfstündige Arbeitszeit einzutreten, deshalb ist man derartig gegen ihn vorgegangen. Die „Kreuzzeitung“ freilich ist wegen solcher Verdächtigungen verurtheilt worden und es ist festgestellt, daß an der Sache kein wahres Wort war. Der Vorredner hat nun zur Sache behauptet, eine Verordnung wie die vorliegende führe zu schweren Schädigungen der kleinen Existenzen. Der Herr hat über eine Sache gesprochen, von der er nichts versteht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich kann ihm auf Grund der offiziellen Zahlen nachweisen, daß das Wädereigewerbe, obwohl es immer noch zu den stabilsten gehört, auch bereits von dem Entwicklungs-gang ergriffen war, dem das ganze Kleingewerbe verfallt; daß ist zu einer Zeit festgestellt worden, wo die Verordnung des Bundes-raths noch nicht existirte. Der Bundesrath hat also zu diesem Sinken des Wädereigewerbes nichts beigetragen. Von 1882 bis 1897 hat die Zahl der selbstständigen Wädereimeister von 74 283 auf 77 609, also etwa um 3 Prozent, die der Arbeiter von 108 000 auf 124 000, das sind etwa 40 Prozent, zugenommen, gegenüber einer Zunahme der Bevölkerung von 18 Prozent; also schon vor Erlass der Wädereiverordnung stand es fest, daß die Zahl der Betriebe im Verhältnis zur Bevölkerung im Rückgang, die der Arbeiter im Zunehmen begriffen war, d. h. daß schon seit längerer Zeit den Arbeitern viel geringere Gelegenheit gegeben ist, sich selbstständig zu machen, als früher. Die Mängel in den Wädereibetrieben sind aber viel schlimmere, als der Vorredner zugab. In einer Petition von Wädereiarbeitern, die hierbei wohl an maßgebenden sind, wird darauf hingewiesen, wie sehr die Dauer der Arbeitszeit die Sauberkeit und Mangelhaftigkeit des Betriebes beeinflusse. Die Wädereistatistik, die ich vor Jahren veranfaßt habe, ergab eine ganze Anzahl von Betrieben, wo Gesellen und Lehrlinge zu zweien in einem Bett schliefen, eine Reihe von Schlaf-räumen, wo jeder Stuhl, wo Waschgeschirre, ein Handtuch voll-kommen fehlte, ja es gab eine Reihe von Betrieben, wo die Arbeiter im selben Raum ihre Nothdurft verrichten mußten, in dem sie den Tag zubrachten. Alle Klagen, welche die Herren von der Rechten vortragen, beziehen sich immer nur auf die Wädereimeister, die Wädereimeister werden gar nicht verfaßt. Es wird behauptet, die Fabriken bedürften der Kontrolle, das Hand-werk nicht. Aber in einer ganzen Anzahl Kleingewerblicher Be-triebe sind die Zustände viel schlimmer als in Fabriken; die Arbeitszeiten sind länger, die Arbeitslöhne schlechter, die Arbeits-räume ungesünder. Der Wädereimeister schläft, wohnt und ist auch in der Regel bei seinem Meister; er ist auf sein Haus, seine Arbeits- und Wohnräume im höchsten Grade angewiesen, sein Ver-hältniß zum Meister ist eine Art Leibeigenschaftsverhältnis, es ist das des Diensthens zu seiner Herrschaft. Darum finden sich auch nicht leicht großstädtische Arbeiter dafür; die Lehrlinge werden nach Berlin trupp- und schaarenweise aus Ober- und Mittelmän an den Markt gebracht und es werden Dinge von ihnen verlangt, zu denen sich kein anderer Arbeiter bereit finden würde; das ist das gerühmte patriarchalische Verhältnis. Es hört freilich auf, wenn sie einige Jahre das großstädtische Leben kennen gelernt haben. Herr v. Stumm ist für Mobilisation, nicht für Aufhebung der Wädereiverordnung; wenn aber die Mobilisation eintreten, die er wünscht, bleibt von der Verordnung nichts mehr übrig. Herr von Bötticher hat sich persönlich zu Mobilisationen geneigt erklärt; wir haben aber doch gehört, daß ein großer Theil der Regierungen von der Mäßigkeit der Verordnung überzeugt ist und von einer Aufhebung nichts wissen will. Die Rede des Herrn von Stumm hat überall da die staatliche Autorität bloßgestellt (Weiter-keit), als ob z. B. die Regierungspräsidenten ihre Urtheile, wie sie Herr von Bötticher vortrug, einfach nachgeschwatzt hätten; das ist doch eine Untergrabung der Autorität, als ob sie Sozialdemo-kraten wären. (Heiterkeit.) Auch seine Behauptung, die Gewerbe-inspektoren besäßen nicht die notwendige Objektivität, ist eine solche Verdächtigung der staatlichen Autorität; sind das vielleicht auch verkappte Sozialdemokraten? Endlich, die Polizeibehörden sollen sich nach der Ansicht des Herrn von Stumm vernünftiger zeigen, als die Behörde, welche die Verordnung erlassen hat, also als der Bundesrath; sie sollen absichtlich die Augen schließen, die größten Mängel zulassen, die fortgesetzte Uebertretung des Ge-etzes dulden. Sie sind also nach Herrn v. Stumm Mithelfer an Unsturz der bestehenden Staatsordnung. Sie haben auch meiner Ansicht die Verordnung anzuführen ohne Rücksicht darauf, ob sie sie für gut oder schlecht halten, die Verordnung ist nicht dazu da, um mißachtet zu werden. Aber ich konstatire, daß der Freiherr v. Stumm, der hervorragende Vertreter von Religion, Sitte und Ordnung, die Polizeibehörden gerüht hat, systematische Ge-etzesverletzungen zuzulassen. (Sehr gut!) Die Verordnung bringt aber noch lange nicht Alles, was wir wollen. Die Behauptung des Herrn von Stumm, daß der Normalarbeitstag undurchführbar sei, steht in flagrantem Widerspruch zu der Thatsache, daß eine ganze Reihe von Staaten, wie die Schweiz, Oesterreich, Australien, den Normalarbeitstag eingeführt haben und gar nicht daran denken, ihn wieder aufzuheben. Im Gegentheil, in einigen Kantonen der Schweiz ist über den Elftundentag hinausgegangen worden: im Kanton Zürich gilt der Zehnstundentag und am Sonnabend wird noch längere Zeit gearbeitet. In einem Bericht des Regierungs-präsidenten wird mitgetheilt, daß die Verordnung das Verhältnis zwischen Meister und Gesellen verbessert hätte. Herr von Stumm fragt uns, ob wir darüber ehrliche Freude empfinden. Ich bin allerdings der Meinung, daß ganz unbeschadet für unser Ziel, die Wädereiverordnung gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer erheblich verbessert werden kann. In dieser Richtung würde auch der staatliche Normalarbeitstag wirken. Vorüber entstehen die meisten Streiks? Ueber die Dauer der Arbeitszeit. Wenn der Staat die Arbeitszeit festlegt, dann werden erstens diese Kämpfe eingeschränkt, und außerdem alle Unter-nehmer unter vollständig gleiche Konkurrenzverhältnisse gebracht. Das Gesetz ist der einzige Weg, das Verhältnis zwischen Unter-nehmer und Arbeiter, soweit das überhaupt möglich ist, zu bessern. Mit Herrn von Stumm wäre ich damit fertig. Nur mit zwei Worten möchte ich noch auf den Vorschlag des Abg. Kugl ein-gehen, dem sich auch der Abg. Hise angeschlossen hat, den Vor-schlag, die tägliche Normalarbeitszeit in eine Normalarbeitswoche abzuändern, so daß nach Bedürfnis an dem einen Tage länger, an dem anderem Tage kürzere Zeit gearbeitet werden darf. Herr Hise hat darauf hingewiesen, daß dieser Vorschlag auch in der Kommission für Arbeiterstatistik gemacht worden sei und daß sich unser Vertreter dort für ihn erklärt hätte. In dieser Kommission aber ist bereits der Einwand gegen den Vorschlag erhoben worden, daß die Kontrolle dann außerordentlich schwierig sein würde. Und dieser Einwand muß gemacht werden. So lange Sie nicht sagen können, wie eine sichere Kontrolle sich ermöglichen läßt, müssen wir uns ganz entschieden gegen den Vorschlag erklären. Nachdem einmal die Verordnung erlassen ist, ist es das Beste, sie so bestehen zu lassen, wie sie ist. Einmal ist die Zeit zu kurz, als daß ein Urtheil über ihre Wirkungen möglich wäre. Bei jeder Aenderung auf wirth-schaftlichem Gebiete wiederholt sich stets dieselbe Erscheinung. Zu-erst erklären die Unternehmer, die Industrie müsse zu Grunde-gehen, allmählich aber richtet sie sich ein. Der Abgeordnete Wie-haben hat dann noch behauptet, daß sich ein großer Theil der Wädereigesellen gegen die Verordnung ausgesprochen hätte. Gegen diese Behauptung muß ich Verwahrung einlegen. Die ungeheure Mehrheit der Wädereigesellen ist für die Verordnung, wo die Meister in den größeren Städten versucht haben, die Gesellen in öffentlichen Versammlungen gegen die Verordnung mobil zu machen, haben



Die Niederlagen erlitten. Nur auf eine Versammlung von Bäcker-  
geleuten kann sich der Abg. Viehhaber berufen, auf eine Versamm-  
lung in Stenbal, die in der christlichen Herberge „zur Heimath“  
stattfindet. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das genügt.  
Auch diese Behauptung des Abg. Viehhaber ist also so wertlos  
wie seine übrigen. (Bravo! b. d. Soziald.)

In abgeänderter Form ist der oben erwähnte Antrag Pichler  
wieder eingebracht worden. Er hat folgenden Wortlaut:  
„Der Reichstag wolle beschließen in Erwägung, daß in den  
Sitzungen des Reichstages vom 22. und 23. April v. J. und vom  
13. Januar l. J. durch Redner verschiedener Parteien, welche die  
Mehrheit des Reichstages repräsentieren, das Bedürfnis einer Ab-  
änderung der vom Bundesrathe unterm 4. März v. J. erlassenen  
Bestimmungen, betr. den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien,  
ausdrücklich anerkannt worden ist;

in Erwägung, daß die vom Bundesrathe veranlaßten Er-  
hebungen einer Prüfung noch nicht unterzogen werden konnten,  
dieselben auch dem Reichstage nicht mitgetheilt sind, sich mithin  
noch nicht beurtheilen läßt, welche Aenderungen nach Verschiedenheit  
der Verhältnisse in den einzelnen Landestheilen nothwendig und  
zweckmäßig sind, und den berechtigten Interessen der Bäckermeister  
und Geleuten zu entsprechen und dadurch eine dauernd befriedigende  
Regelung herbeizuführen über den Antrag v. Kardorff u. Wen. zur  
Tagesordnung überzugehen.

Ueber diesen Antrag findet auf Antrag der Konservativen  
namentliche Abstimmung statt.  
v. Pöbels (M.): Wie Herr Nebel dazu kommt,  
patriarchalische Verhältnisse mit Anrecht zu überlegen, ist mir  
unbegreiflich. Die Behauptung, daß zu dem Bäckereigewerbe jetzt  
nur die untersten Schichten der Bevölkerung gehören, mag für  
Berlin zutreffen, für das Land ist sie indes nicht richtig. Im  
Lande betreibt häufig der Sohn des Gewerbes des Vaters und  
Landmannsöhne erlernen die Bäckerei, die bisher noch immer  
einen goldenen Boden hat. Bessere sanitäre Verhältnisse wollen  
wir auch, dazu kann aber die Verordnung nicht helfen, das gehört  
in das Gebiet der Gewerbepolizei. Wir wollen Frieden zwischen  
Arbeitgebern und Arbeitern. Sie (Luft) schären den Hals gegen  
die Arbeitgeber. Sie sehen in der Verordnung nur ein Mittel  
zum Mutz des Handwerkerstandes, deshalb haben Sie auch mit  
fliegenden Fahnen der Regierungsvorlage zugestimmt. Gegen  
die großen Bäckereien ist die Verordnung lauge nicht so gefährlich,  
wie gegen die kleinen. In Berlin mag ja mancher Grund zu  
klagen in sanitärer Beziehung vorhanden sein, im Lande nicht.  
Der Standpunkt desentrums ist mir unverständlich. Will der  
Tagesordnung ist den Bäckermeistern nicht geholfen. Die Herren  
vom Zentrum werden noch Farbe bekennen müssen, ob sie die Inter-  
essen des Handwerks vertreten oder nicht. Wir vertreten die  
Handwerkerinteressen, wie die Sozialdemokraten die Arbeiterinter-  
essen vertreten, wenn auch noch nicht alle Arbeiter den faden  
Geizhals des Mattensängers von Hameln (Große Heiterkeit) fol-  
gen. Wir bitten Sie, den Antrag Pichler abzulehnen und den  
Antrag v. Stumm anzunehmen.

Dr. Schneider (M.): Wir sind auch für Abänderung,  
aber nicht so allgemein wie die Herren auf der Rechten. Wir  
wünschen halt der Maximalarbeitszeit die Festsetzung einer Mini-  
malruhezeit. Dem Antrag von Kardorff können wir nicht zustim-  
men. Den Antrag Pichler werden wir annehmen.  
Ein Schlussantrag wird angenommen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt  
Mollenhuth (SD.): Durch die Annahme des Schlus-  
antrages ist mir das Wort abgeschnitten. Ich erkläre, daß wir für  
den Antrag Pichler stimmen werden, ohne uns dessen Motivierung  
anzueignen. Für uns kommt es darauf an, daß zur Tagesordnung  
übergegangen wird.

Nach einem Schlusswort des Abg. v. Kardorff (M.)  
kommt es zur Abstimmung.  
Die Abstimmung über den Antrag Pichler (3.) ist auf Antrag  
des Abg. v. Kardorff (M.) eine namentliche. Der Antrag  
Pichler (3.) wird mit 148 gegen 114 Stimmen angenommen. Da-  
für stimmen Centrum, Freisinnige, Sozialdemokraten, Polen und  
Prinz-Hohenlohe.  
Der Antrag v. Kardorff ist damit erledigt.  
Hierauf verläßt sich das Haus.  
Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr (Auslieferungsvertrag mit  
den Niederlanden, Marine-Ges.)  
Schluß 6 Uhr.

### Lübeck und Nachbargebiete.

18. März.  
**Achtung! Metallarbeiter! Der Bezug von  
Schloßern, Schmieden, Drechern, Klempnern,  
Verzinnern, Brennern und sonstigen Hülf-  
arbeitern nach Lübeck ist streng gänzlich fern-  
zuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um  
Abdruck gebeten.**

**Achtung!** Da nunmehr der Streik der Thiel'schen  
Arbeiter beendet ist, werden alle Inhaber von Sammel-  
listen dringend ersucht, bis spätestens Montag Abend  
nächster Woche die noch ausstehenden Listen abzuliefern,  
und zwar Abends zwischen 7 und 9 Uhr bei F. Leeke,  
Lederstraße 3.

**Bürgerwahlen.** In Gemäßheit des Artikels  
24 der Verfassung verordnet der Senat, auf Grund der  
Ergebnisse der Volkszählung vom 2. Dezember 1895, daß  
für die Bürgerchaft zu wählen sind: vom ersten Wahl-  
bezirk mit 13 853 Seelen 20 Vertreter, vom zweiten  
Wahlbezirk mit 8386 Seelen 12 Vertreter, vom dritten  
Wahlbezirk mit 27 619 Seelen 40 Vertreter, vom vierten  
Wahlbezirk mit 20016 Seelen 29 Vertreter, vom fünften  
Wahlbezirk mit 1706 Seelen 2 Vertreter, vom sechsten  
Wahlbezirk mit 1138 Seelen 2 Vertreter, vom siebenten  
Wahlbezirk mit 1972 Seelen 3 Vertreter, vom achten  
Wahlbezirk mit 2826 Seelen 4 Vertreter, vom neunten  
Wahlbezirk mit 3234 Seelen 4 Vertreter, vom zehnten  
Wahlbezirk mit 2554 Seelen 4 Vertreter, zusammen  
20 Vertreter.

Auch im Postverkehr verlangt die Hundertjahrfeier  
vom Publikum wieder einmal ein Opfer. Am 22. März  
v. J. wird bei den Reichspostanstalten die volle Son-  
n-ags-Dienstbeschränkung eingeführt werden. Die Post-  
halter sind für den Verkehr mit dem Publikum nur von  
— 9 Uhr Vormittags und von 5—6 Uhr Nachmittags  
öffnen; Orts- und Landbriefbestellung findet nur einmal  
(Morgens) statt. Also zwei Tage hintereinander Ver-  
kehrsbeschränkung im weitesten Maße.

Durchgebrannt ist nach Unterschlagung von etwa 64  
Mark ein aus Oesterreich gebürtiger Bäckerknecht.  
**Arbeiterriß.** Ein Unfall, der erst heute zu unserer  
Kenntniß gelangte, ereignete sich am Sonnabend vor acht  
Tagen bei Ewers u. Co. Einer Arbeiterin wurden  
im Maschinenputzen 3 Finger der rechten Hand zum  
Theil erheblich gequetscht.

**Eigentumsvergehen.** Aus der offenstehenden Lust-  
Klappe eines Schlachterslakens in der Engelsgrube wurden  
in der Nacht zum Dienstag zwei Cervelatwürste und ein  
Stück Hammelfleisch gestohlen.

**Strafkammer I.** Sitzung vom 17. März. Wegen  
sahrlässiger Tödtung ihres neugeborenen Kindes  
wurde die unverheiratete E. aus Stockelsdorf unter Aus-  
schluß der Deffentlichkeit zu 6 Monaten Gefängniß ver-  
urtheilt.

**Dassow.** Der Tagelöhner Lüders zu Kl.  
Voigtshagen war, wie unlängst mitgetheilt, vom Schöff-  
engericht zu Grevesmühlen wegen „entschieden böss-  
williger Arbeitsverweigerung“ in eine  
Geldstrafe von 2 Mk. und in die Kosten verurtheilt.  
Lüders sollte dies Verbrechen gegen die mecklenburgische  
Verordnung vom 3. August 1892 dadurch begangen  
haben, daß er den Domänenpächter Evers zu Kl. Voigtsh-  
hagen im Oktober hat, ihn zu leichteren Arbeiten, als  
zum Dreschen, zu verwenden, da er dies wegen eines  
Fussleidens zur Zeit nicht verrichten könne. Evers gab  
ihm aber keine andere Arbeit, natürlich deshalb, weil er  
glaubte, des Tagelöhners Fussleiden sei nicht so schlimm.  
Als sich nun der Tagelöhner mit Rücksicht auf seine Ge-  
sundheit weigerte, die schwere Drescherarbeit zu verrichten,  
ließ Evers ihn vom Polizeiamt in Strafe nehmen, und  
es fand sich sogar ein Gerichtshof in Mecklenburg, näm-  
lich das Schöffengericht in Grevesmühlen, welches diesen  
polizeilichen Strafbefehl als zu Recht bestehend anerkannte.  
Die Berufung des Tagelöhners Lüders gegen dies Urtheil  
war jedoch erfolgreich. Die Strafkammer des Schweriner  
Landgerichts hob am Sonnabend nach einer eindruck-  
vollen Rede des Verteidigers des L., des Herrn Rechts-  
anwalts Löwenthal-Schwerin, das schöffengerichtliche Ur-  
theil auf, sprach den L. von jedem Vergehen gegen die  
Verordnung vom 3. August 1892 frei und billigte dem  
Tagelöhner auch den Ersatz der ihm durch das Gerichts-  
verfahren erwachsenen Unkosten zu!

**Hamburg.** Wegen Beleidigung des bekannten  
Polizeikommissars Kämpfe hatte sich gestern der Genosse  
Waberky, Redakteur des „Hamb. Echo“, vor dem  
Schöffengericht zu verantworten. In Nr. 38 des „Echo“  
vom 14. Februar d. J. erschien eine kurze Notiz, in der  
ohne Namensnennung mitgetheilt wurde, daß ein  
bekannter Polizeikommissar an Verfolgungswahn er-  
krankt sei und vorläufig Aufnahme in der Heilanstalt  
Friedrichsberg gefunden habe. In Nr. 39 vom 16. Febr.  
erschien dann wieder eine Notiz, in der mitgetheilt wurde,  
daß der betreffende Beamte nicht nach Friedrichsberg ge-  
kommen sei, daß es sich bei der Krankheit nur um eine  
Gehirnaffektion handle, die man durch Ruhe wieder zu  
beseitigen hoffe, weshalb dem Erkrankten ein längerer  
Urlaub bewilligt sei. Trotzdem auch hier wieder ein Name  
nicht genannt war, bezog die Polizeibehörde beide Notizen  
auf den Kriminalkommissar Kämpfe und stellte Straf-  
antrag wegen Beleidigung. Kämpfe selbst wollte auch  
noch ein Uebrißes thun und stellte auch Strafantrag. Der  
Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängniß, das  
Verdict erkannte jedoch nur auf eine Geldstrafe von  
30 Mark eventl. 6 Tage Gefängniß, weil die  
Notiz zwei Tage nach ihrem Erscheinen freiwillig be-  
richtigt sei.

**Hamburg.** Der sogenannte Patriotismus  
der Besizenden feiert bei der bevorstehenden  
Hundertjahrfeier wieder wahre Orgien, wie es  
aber in Wahrheit mit der Vaterlandsliebe der Herren  
vom Geldsack aussieht, das zeigt sich von Zeit zu Zeit  
recht deutlich in ihrem Geschäftsgebahren. Als in Ham-  
burg der große Streik ausgebrochen war, da zogen die  
Herren „königlichen Kaufleute“ nicht nur allerhand Ge-  
jindel nach ihrer „geliebten Vaterstadt“, das jetzt in den  
Gefängnissen und von der Allgemeinen Armenanstalt auf  
Staatskosten ernährt werden muß — sondern um ihr  
Müthchen an den Arbeitern zu kühlen, hielten sie auch  
mit großer Energie den Welthandel von Hamburg fern.  
Viele Millionen sind dadurch dem Hamburger Gemein-  
wesen verloren gegangen, und niemals wird Hamburg  
das wieder einholen. Ein ähnliches klassisches Beispiel  
von „Patriotismus“ giebt jetzt wieder eine große Ham-  
burger Rhederei-Gesellschaft, die Deutsch-Ostafrika-  
Linie. Dieselbe ist nämlich im Begriff, ihre sämt-  
lichen Schiffe mit farbigen Feuerleuten zu  
bemannen. Zur Zeit stehen im Dienste der Gesellschaft  
130 Mann Heizpersonal, die sich fast ausnahmslos aus  
Hamburgern resp. Deutschen rekrutieren. An deren Stelle  
werden etwa 200 Mann Araber treten. Trotz der durch  
diesen Wechsel bedingten Vermehrung des Personals um  
ungefähr 70 Mann wird die Gesellschaft doch ein feines  
Geschäftchen dabei machen. Auf dem Dampfer „König“,  
der voraussichtlich am 17. März mit 36 Arabern an  
Bord im Hamburger Hafen eintreffen wird, arbeiten jetzt  
29 Feuerleute, die eine Gesamttheuer von 1130 Mark  
pro Monat erhalten, dagegen werden die an deren Stelle  
tretenden 36 Araber pro Monat zusammen nur rund  
766 Rupien oder 958 Mark erhalten. Die Gesell-  
schaft profitirt also an der Besatzung des einen Dampfers  
pro Jahr nicht weniger als 2064 Mk., die natürlich ja  
den Herren Aktionären zugute kommen. Der Gesamt-  
profit für die ganze Flotte der Gesellschaft läßt sich  
nicht ganz genau berechnen, da die Besatzung auf  
den einzelnen Schiffen eine zu sehr verschiedenartige  
ist, doch dürfte derselbe an die 15 000 Mk. herantom-  
men. Durch die Maßnahme der Gesellschaft wird der  
deutschen Arbeiterschaft und damit dem Deutschen Reiche  
eine Summe von ungefähr 85 000 entzogen, und das,  
trotzdem die Gesellschaft vom Deutschen Reiche jährlich  
eine Subvention von 90 000 Mk. erhält. Man sollte  
doch meinen, daß gerade angesichts des letzteren Um-

standes sie erst recht verpflichtet wäre, nur deutsches  
Heizpersonal anzuhewern, damit das demselben gezahlte  
Geld, das zum Theil vom deutschen Steuerzahler aufge-  
bracht werden muß, dem deutschen Steuerzahler wieder  
zu gute käme. Aber einen derartigen Patriotismus kennen  
die Herren nicht. Sie wackeln und sackeln nach Fried-  
richsruh und schreien am 22. März im Champagner-  
rausche „Hurrah!“ Die Liebesgaben erlauben ihnen das.  
Hoffentlich wird im Reichstage zu der Maßnahme der  
Deutsch-Ostafrika-Linie unsere Fraktion bei passender Ge-  
legenheit Stellung nehmen.

**Güstrow.** Ein Beitrag zur Lage der  
ländlichen Arbeiter in Mecklenburg.  
Der 78jährige Hans Garling in Behna, ritterschaftliches  
Amt Güstrow, welcher seinem Gutsherrn Kortüm 48  
Jahre lang seine Arbeitskraft als Tage-  
löhner zur Verfügung stellte, ist seit 1. Ja-  
nuar 1891 im Besitze der Altersrente. Am 5. August  
1892 starb seine Frau, in Folge dessen er seine Wirth-  
schaft aufgeben mußte und „Altenheiler“ wurde. Nach-  
dem Garling 1/2 Scheue in Braunsberg war, dort aber  
wieder abgeschoben wurde, ging er zu seinem Sohne in  
Hamburg; wurde aber auch hier, weil vermögenslos, von  
der Behörde abgeschoben und nach Behna zurückgebracht.  
Von nun an — August 1895 — beginnt die Leidens-  
geschichte des alten Garling, oder sagen wir, das Alten-  
heilerleben des mecklenburgischen Gutstagelöhners. Ab-  
gesehen davon, daß er leichtere Arbeiten verrichten muß, ohne  
jegliche Lohnentzädigung, muß er auf dem Hofe zu  
Behna in der Leutestube sein langes Essen einnehmen und  
in der „Knechtstammer“ schlafen. Die Altersrente, in  
Höhe von 11,25 Mk. monatlich, hat Kortüm seit August  
1895, wo Garling von Hamburg nach Behna kam, von  
dem Postagenturverwalter Jensen in Behna bis Fe-  
bruar dieses Jahres ausbezahlt erhalten. Garling mußte  
die Rentenanzahlung zwar unterschreiben, den Betrag aber  
bekam Kortüm, und zwar, wie dieser auf Vorhaltungen  
Garlings stets sagte: für's Altenheil. G., welcher für  
Bekleidung selbst aufkommen mußte, aber ohne Vermittel  
war, gerieth dieserhalb oft mit Kortüm in Streit; er  
erhielt erst auf wiederholtes Drängen von der ihm von  
Gesehes wegen zukommenden Altersrente in der ange-  
gebenen Zeit im ganzen 54 Mk. zurück; 148,50 Mk.  
behielt Kortüm „für's Altenheil.“ Garling führte dies-  
halb Beschwerde, derzufolge kürzlich der Postagen-  
turverwalter Jensen von der Ober-Postdirektion in Schwerin  
angewiesen wurde, die Rente an Garling persönlich aus-  
zubezahlen, welches nun seit Februar d. J. geschieht. —  
Charakteristisch ist es — nimmt die „M. V. Ztg.“ an —  
zu nennen, daß diese Bedaueriswerthen in ihrer Be-  
drängniß zu Sozialdemokraten kommen, um sich Rath zu  
holen.

### Neueste Nachrichten.

**Königsberg i. Pr.** Der Reichstagsabgeordnete Gen.  
Schulze ist Dienstag Nachmittag seinem Leiden er-  
legen. Carl Friedrich Wilhelm Schulze, 1858 zu  
Steinait a. D. geboren, war Schlosser und Metallschleifer,  
später Cigarrenhändler. Er wurde 1886 auf Grund des  
Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen. In Königs-  
berg betrieb er eine Restauration. Vor einigen Tagen  
meldeten wir, daß Schulze einen Blutsturz gehabt habe.  
1893 wurde Schulze in der Stichwahl mit 13 136  
Stimmen gegen einen Nationalliberalen gewählt, auf den  
10 450 Stimmen fielen. In der Hauptwahl waren von  
24 239 gültigen Stimmen (bei 31 158 Wahlberechtigten)  
10 968 auf den Sozialdemokraten Schulze, 7296 auf den  
nationalliberalen Kandidaten und 5952 auf denjenigen  
der freisinnigen Volkspartei gefallen. In Königsberg  
steht hiernach ein lebhafter Wahlkampf bei der Erfah-  
wahl bevor.  
Ehre dem Andenken des Verstorbenen!

**Quittung**  
Für die ausständigen Arbeiter und Arbeiter  
innen der Firma Thiel u. Söhne, hier, sind bei der  
Expedition des Lübecker Postboten eingegangen:  
Von 7 rothen Schmierfinken . . . . . 4.— Mk.  
(auf Liste Nr. 3522)  
Weitere Gelder nimmt gern entgegen  
Die Expedition.  
Johannisstraße 50.

**Sternschanz-Viehmarkt.**  
Hamburg, 17. März.  
Der Schweinehandel verlief träge.  
Zugeführt wurden 880 Stück, davon vom Norden — Stück,  
vom Süden — Stück. Preise: Berlinfleischschwere 47—48 Mk.,  
leichte 46—48 Mk., Satten 89—44 Mk. und Ferkel 43—46 Mk.  
pr. 100 Pfd.

**Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.**  
Angekommen:  
Mittwoch den 17. März 1897.  
Nachmittags.  
1,35 D. Thor, Madson, Malstow 8 St.  
5,50 D. Bar, Efers, Warnemünde 4 St.  
Donnerstag den 18. März 1897.  
Vormittags.  
5,35 D. Palmstab, Lundin, Copenhagen 12 St.  
7,35 D. Kochneß, Wput, Methil 4 L. 12 St.  
7,45 D. Adler, Fischer, Wismar 4 St.  
8,45 — Jürgensbyng, Suleb, Söndborg 2 L.  
9,25 D. Straßhau I, Meyer, Wismar 3 Stb.  
Abgegangen:  
Mittwoch 17. März 1897.  
Nachmittags.  
2,10 D. Swaner, Dam, Marstrand.  
3,45 D. Livadia, Bendfeldt, Warhus.  
3,50 D. Burg, Thiel, Könnigsberg.  
6,35 D. Schlußten, Dellgreen, Pfab.  
7,45 D. Halland, Müller, Copenhagen.  
Donnerstag 18. März 1897.  
Vormittags.  
7,45 D. Späta, Thomsen, Flensburg.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu verlässlichen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Unserm Freund **E. Hehartz** zu seinem heutigen 35jährigen Geburtstag ein Hoch mit harmonischem Klang!

Zwei Freunde H. H.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung im Preise von 180—180 Mk. wegen Fortzug nach Lübeck, am liebsten in der Nähe des Holstenhofs. Näheres in der Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. April 500 Mk. auf feste Sicherheit, auch können dieselben in meinem Grundbuche eingetragen werden. Näheres unter N. 20 an die Expedition d. Bl.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling. **H. Müller**, Zimmermeister, Körnerstr. 5a.

Zu kaufen gesucht zwei Seeäpfel Off. mit Preisangabe u. A. B. an die Exp. d. Bl.

Zu verkaufen durch Zufall eine Partie neuer Herren-Anzüge sehr billig. **M. Behrens**, Marlesgrube 42.

Billig zu verkaufen ein großer fast neuer Tisch. **Johannstr. 56, 1. Et.**

Billig zu verkaufen ein guter heller Herren-Sommer-Paletot. Näheres in der Expedition d. Bl.

Billig zu verkaufen ein Ziehwagen. **Bentzien, Ochsenloppel.**

Zu verkaufen ein großer Kinderwagen, gut erhalten. Näheres in der Expedition d. Bl.

Zu verkaufen ein Haus in der Mappenstraße, enthaltend zwei Wohnungen, großen Boden, Keller und Veranda, für 7600 Mk. anz. nach Uebereinkunft. Näheres Riegelstr. 1f.

Sehr billig zu verkaufen ein Frauen-Zweirad. **J. Moll**, Reiferstr. 11.

Bürgerlicher Mittagstisch, 50 Pfg. Weiter Krambuden 1.

Bestes Schleder in Häuten und im Ausschnitt sehr billig. **C. Kahns**, Mengstr. 5.

Holstenstr. 17. Billige Bezugsquelle für Güte, Milchen und Schirme, Confitmanden-Güte von **Mk. 1,25 an**. **J. Gampel-Fürst**.

Empfehle gebrannten Caffee per Pfd. zu 1, 1,20, 1,40, 1,60 Mk., beste Waare, Meierbutter, Speisebutter zu 90 Pf. Alle Sorten Spirituosen und Weine billig. **C. F. Leukefeld**, Gr. Gröpelgrube 10.

Empfehle: **Prima Doppelkummel**. **William Hädel**, Baustr. 21.

Neue weiße **Ringäpfel, Pfd. 28 Pf.** **Joh. Nagel**, Engelsgrube 51.

**Braten = Schmalz**  
Pfd. 30 Pfg.  
empfehlen  
**Carl Schröder**  
obere Hitzstr. 6.

Die Schweineschlachterei von **W. Strohfeldt**  
73 Glockengießerstraße 73  
empfehlen:

**Frische Flocken, Pfd. 50 Pf.**  
Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf.  
Carbonade . . . Pfd. 60 Pf.  
Quenfleisch . . . Pfd. 50 Pf.  
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.  
Braten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pf.  
Kopf und Bein . . . Pfd. 20 Pf.  
Geräucherter Speck Pfd. 60 Pf.  
Gekochte Mettwurst Pfd. 60 Pf.  
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.

Keines  
**Flocken-Schmalz**  
Pfd. 60 und 70 Pfg.  
**Braten-Schmalz**  
Pfd. 30 Pfg.  
empfehlen  
**Aug. Scheere**,  
Holstenstr. 27.

**Handwerker! Arbeiter!**  
**Kauft nur Güte mit Arbeiter-Controllmarke!**  
**Zur Confirmation**  
empfehle allen Genossen und Freunden mein reichhaltiges Lager in  
**Confitmanden-Güten**  
**Herren-Hüten, Mützen aller Art**  
zu den billigsten Preisen.  
**Führe nur Güte mit Controllmarke.**  
Achtungsvoll **A. Pohl**, Marlesgrube 40.

Hochfeine Margarine, gebr. Caffee u. Bruch-Caffee, pikanten Holst. Fett-Käse, prima Schmalz und Fett, sämtliche sonstigen Colonial- und Fettwaaren, Spirituosen, Futterstoffe, als Schrot, Weizenmehl, Kartoffeln u. s. w.  
empfehlen billigst **Rud. Kracht**, Nageb. Allee 40.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die **Adler-Brauerei**.  
Inh.: **G. Teichgräber**.

**Zoll auf Heringe!**  
Diejenigen, welche in der beabsichtigten Einführung eines Zolles auf frische Heringe, Sprotten und Fische aller Art und in der bedeutenden Zollerhöhung auf gefalzene Heringe eine ungeheure Schädigung der gesamten Fisch-Industrie und des Handels, sowie eine folgenschwere Vertheuerung eines gesunden und nahrhaften Volksnahrungsmittels erblicken, werden dringend ersucht, die in den meisten größeren Wirtschaften ausliegende Petition an einen Hohen Bundesrath und Reichstag bis zum 20. dss. recht zahlreich zu unterzeichnen.  
Lübeck, den 12. März 1897.

Der Lübeck-Schlutuper Fischhändler-Verein.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:  
**Ferdinand Lassalle's**  
**» Reden und Schriften.**  
Neue Gesamt-Ausgabe.  
Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von **Ed. Bernstein**.  
Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.  
**Bandausgabe:**  
Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—  
in Halbfranz gebdn. (Ziehhabereinband) „ 4,—  
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50  
in Halbfranz gebdn. (Ziehhabereinband) „ 5,50  
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—  
in Halbfranz gebdn. (Ziehhabereinband) „ 5,—  
Zur Bezeichnung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamt-Ausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

In dritter verbesserter Auflage liegt vor:  
**Joh. Sassenbach**  
**Die Freimaurerei.**  
Kurze Geschichte, Thätigkeit und innere Einrichtung.  
Verlag von **J. Sassenbach**, Berlin 4.  
Preis 40 Pfg.  
Sehr schönen Schweizerkäse Pfd. 60 Pfg.  
Corned Beef im Ausschnitt Pfd. 60 Pfg.  
ger. Landmettwurst Pfd. 90 u. 100 Pfg.  
besten hiesigen Landspeck Pfd. 65 Pfg.  
amerik. Speck Pfd. 50 Pfg.  
alten Zillertalkäse Pfd. 25 Pf. Bruchstücke sehr billig.  
Zillertalkäse Pfd. 50, 60 und 70 Pfg.  
Pöfelfleisch Pfd. 45, 55 und 60 Pfg.  
weißes Schmalz Pfd. 35 Pfg., kein Effett, sondern garantiert reines Schmalz, empfiehlt **J. F. D. Götke**, Hitzstr. 26.

**Neu eröffnet!**  
**Einzelne Möbel**  
als:  
Bettstellen, Waschkommoden, Nachtschränke, Kleiderschränke, Kommoden, Vertikows, Sophas, Tische und Stühle etc., sowie complete einfache Schlaf- und Wohnstubeneinrichtungen als **Specialität** zu Fabrikpreisen in großer Auswahl kauft man am besten und billigsten in **Marlesgrube**  
Spezial-Möbelgeschäft, F. A. Hartmann.  
NB. Größere Hotel- und Pensions-Einrichtungen werden zu sofort geliefert.

**Ausverkauf!**  
Wegen Durchban meines Geschäfts-hauses bin ich gezwungen, mein noch großes Lager in **Möbeln** bedeutend zu räumen, und empfehle besonders **Polster-Garnituren** in großer Auswahl zum Selbstkostenpreis. **Ganze Ausstattungen** von den einfachsten bis zu den hochfeinsten zu ermäßigten Preisen.  
**H. Mohr**, Möbel-Magazin, Engelsgrube 46.

**Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde** (arzneilose Heilweise).  
**Vortrag**  
des **Kgl. Preussischen Oberst a. D. Herrn Spohr** aus Gießen am **Sonnabend, den 20. März** Abends 8 1/2 Uhr im großen Casino-Saale.  
Thema: **Wie ist die Hautpflege, wie sind namentlich die täglichen Waschungen anzuführen, um gesundheitsförderlich zu wirken?**  
Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu 50 Pfg. in der Buchhandlung des Herrn **G. Welland**, Mühlstraße 72, an der Abendkasse zu 75 Pfg. zu haben. **Vereinsmitglieder** und deren Angehörige — \$ 3a der Statuten haben freien Eintritt.

**Achtung!**  
**Bauarbeiter**  
Laut Beschluß der letzten Mitglieder-Versammlung befindet sich unser Verein lokal von nun ab im „**Vereinshaus**“ **Johannisstraße 50**. Wir ersuchen untenstehende Annonce zu beachten.

**Mitglieder-Versammlung der Bauarbeiter**  
am **Freitag den 19. März 1897** Abends 8 1/2 Uhr im **Vereinshaus**, **Johannisstraße 50**.  
**Tagesordnung:**  
1. Die Logaufgabe.  
2. Innere Vereinsangelegenheiten.  
3. Kartellbericht und Verschiederenes.  
Punkt 1 der Tagesordnung wegen ist die Pflicht eines jeden stollen, zu erscheinen.

**Achtung! Schmiede**  
Sonnabend den 20. d. M. Abends 8 1/2 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung** bei **Spahrman**, **Hundestr. 10**.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Kartellbericht.  
2. Vereinsangelegenheiten.  
Das Erscheinen der Mitglieder ist durch aus notwendig.  
**Die Ortsverwaltung.**

**St. Lorenz-Liedertafel**  
Am **Sonntag den 21. März**  
**Socialer Abend**  
im Lokale **Schützenhof** (R. Schacht). Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pfg. Einführung gestattet.  
**Der Vorstand.**

**Stadttheater in Lübeck**  
Freitag den 19. März  
107. Abonnements-Vorst. 5. Abth. Gell.  
Freitag-Abonnement Nr. 17.  
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreis.  
**Triby.**  
Sonnabend den 20. März.  
Außer Abonnement.  
Benefiz für **Jrl. Olga Hubenick**  
Anfang 7 Uhr. Opernpreis.  
**UNDINE.**



## Zinsrückgang und Kapitalkonzentration

Je rascher und umfassender die Kapitalkonzentration sich vollzieht, desto schneller gelangt die Arbeiterklasse an das Ziel ihrer Kämpfe, zur Expropriation der Expropriateure. Aus diesem Grunde interessieren wir uns für alle Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens, die eine Zunahme dieser Centralisation beweisen oder veranlassen. Die Kapitalkonzentration wird auf einem gewissen Punkte nicht nur Hebel der Produktionsentwicklung auf höchster Stufenleiter, sondern sie ist auch jederzeit ein Maßstab für den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung. Von diesem Gesichtspunkte aus verfolgen wir auch die Geschäftsklassifikation der großen Banken, die die Ansammlung des Kapitals gewerksmäßig durch die verschiedenen Arten ihrer Thätigkeit besorgen. Nicht mehr die reichen Leute sind heute die Träger großer Kapitalien, vielmehr in erster Linie sind es die großen Banken, die Sammelbecken der Kapitalmassen.

Unter den preussischen Steuerzahlern, die ein Jahreseinkommen von mehr als einer Million Mark versteuern, sind nur 27 physische gegen 44 juristische Personen (Aktiengesellschaften etc.). An erster Stelle dieser juristischen Personen finden wir nun die Banken und namentlich die großen Berliner Bankhäuser.

Im Jahre 1896 arbeiteten die sechs ersten Berliner Banken mit einem Kapital von etwa 505 Millionen Mark, dem noch 135,78 Millionen Mk. Reserve sich zugesellten. Es betrug nämlich

	das Kapital	die Reserven
	Mill. Mk.	Mill. Mk.
der Diskontogesellschaft	115	28,75
„ Deutschen Bank	109	38,75
„ Dresdener Bank	85	19,50
„ Darmstädter Bank	80	17,51
„ Handelsgesellschaft	80	22,28
„ Nationalbank	45	8,96

Das Tempo und den Grad der Kapitalansammlung ersieht man aus der nachfolgenden Tabelle. Es betrug nämlich das Aktienkapital in Millionen Mark:

	1870	1875	1880	1885	1892
der Diskontogesellschaft	36	60	60	60	75
„ Deutschen Bank	15	45	45	60	75
„ Dresdener Bank	21	26	15	36	60
„ Darmstädter Bank	—	—	—	60	80
„ Handelsgesellschaft	16	45	30	20	50
„ Nationalbank	22,5	—	—	—	11,25

Wenn wir die beiden Tabellen miteinander vergleichen, so ergibt sich, daß die Kapitalvermehrung in keiner vorhergehenden Periode so rasch und stark erfolgt ist, wie gerade in den letzten fünf Jahren. Von 351,25 im Jahre 1891/92 ist es 1896/97 auf 505 Millionen Mark gestiegen. Um eine Bank als typisch herauszugreifen, so hat die Diskontogesellschaft, an der einst Herr v. Miquel erfolgreich beteiligt war, ihr Kapital vermehrt, von 1870—75 um 14, von 1875—92 um 15 und von 1892 bis heute aber um 40 Millionen Mark.

Woher rührt nun diese Schnelligkeit der Kapitalkonzentration der großen Banken? Unseres Erachtens

in erster Linie von dem Rückgange des Zinsfußes.

Die englischen Konsols gelten als der sicherste Maßstab für den Werth des Geldes und damit für die Höhe des Zinsfußes. Ein Ueberblick über die Zinsentwicklung dieser Papiere ergibt nun, daß der Zins seit 1800 bis heute von 4,715 Proz. auf 2,567 Prozent gefallen ist.

Der Präsident des London-Institute of Bankers (Londoner Bankvereins), Dublin Ryder, gewiß ein kompetenter Sachmann, hat sich über diese Erscheinung dahin ausgesprochen:

„Es wird immer schwieriger, ja einfach unmöglich, Geld mit einigem Nutzen unterzubringen; die Zinsenquote ist nicht bloß stetig heruntergegangen, sondern der Prozeß dauert fort; ein Ende davon läßt sich nicht absehen. Die goldenen Tage der 5 Proz. sind nicht nur für immer dahin, sondern es fehlt auch jede Aussicht, daß das nächste Jahrhundert wieder zu einem erträglichen Niveau gelangen würde. Den Leuten, die Geld haben, werde schließlich nichts anderes übrig bleiben, als es aufzuspeichern oder auszugeben — das Ausleihen lohnt ja nicht mehr.“

Ryder weist dann noch zur Erklärung des sinkenden Zinsfußes auf die Thatsache hin, daß der Goldvorrath der Centralbanken in London, Berlin, Paris und Newyork binnen 10 Jahren um mehr als die Hälfte gewachsen sei.

Der Druck des Zinsfußes wirkt nun ohne Weiteres steigend auf die Kurse der zinstragenden Anlagewerthe und der Dividendenpapiere ein. Das ist bei der Beurtheilung der Dividendenhöhe immer mehr zu beachten. Wenn wir von einer hohen Dividende lesen, so sind wir meist noch gewohnt, anzunehmen, der Aktionär erhalte von jedem 100 eingezahlter Mark den ausgeschriebenen Dividendenlag. Solche Fälle mögen noch vorkommen, die Regel bildet aber, daß der Aktionär den Betrag seiner Aktien viel theurer erstanden hat, als der Nennbetrag lautet. Die Diskontogesellschaft z. B. vertheilt 10 Proz. Dividende. Eine Aktie zu 1000 Mark Nominalbetrag kostet aber zur Zeit über 2000 Mk. am Berliner Markte, so daß der Zins für eine zu diesem Preise erstandene Aktie noch nicht einmal 5 Proz. betragen würde.

Nun liegt es aber in dem Bestreben jeder Aktiengesellschaft, ihren Aktionären das Kapital möglichst hoch zu verzinsen. Und um dazu überhaupt in der Lage zu sein, bleibt kein anderer Weg übrig als — mit Massenkapitalien zu arbeiten, deren geringe Ertragsüberschüsse wenigstens für die Aktionäre dann noch einen nennenswerthen Gewinn abwerfen. Je größer der Umsatz, um so kleiner braucht bei dem einzelnen Geschäft der Gewinn zu sein: der Gewinn des ganzen Geschäftsumnehmens bleibt dann auf gleicher Höhe; ja im Gegentheil, die Vermehrung des Umsatzes hat bei manchen Banken trotz des weichen Zinsfußes eine beträchtliche Steigerung des Gewinnes zur Folge.

Jedenfalls aber steht die Frage so: entweder erweitern und vergrößern die Banken ihren Umsatz ganz erheblich oder aber sie vermögen keine Gewinne mehr zu erzielen.

Daß dem so ist, beweist die Thatsache, daß die kleinen Banken in Berlin und in der Provinz immer mehr eingehen, während der Geschäftsumfang der großen Aktienbanken fortwährend wächst.

Die kleinen Banken in der Provinz sind nicht mehr im Stande, das erforderliche Kapital für Unternehmungen industriellen Charakters zu schaffen, jedenfalls nicht zu so günstigen Bedingungen, wie es eine Berliner Großbank vermag. Mit Rücksicht auf den Geldbedarf in der Provinz wurde seiner Zeit auch die letzte Erhöhung des Aktienkapitals der Deutschen Bank durchgeführt, indem Direktor Siemens ausführte: „Der Umstand, daß auch in Deutschland nach und nach das Geschäft von der Provinz nach Berlin getragen werde, da die kleinen Vermögen der Provinz-Bankiers den Anforderungen nicht mehr genügen, erheische, daß die großen Bankinstitute an deren Stelle treten und den Geldbedarf befriedigen. Diese Thatsache bedinge ein starkes Vermehren der Kapitalien der großen Banken.“

Aus dem allen ist für uns zu entnehmen, daß die Konzentration des Kapitals in der gegenwärtigen Periode viel energischer und weit umfassender erfolgt als es in den letzten 26 Jahren jemals der Fall gewesen ist. Je stärker und rascher aber die Kapitalkonzentration, desto billiger und unternehmungslustiger wird das vorhandene Geld, desto reger wird der Unternehmungsgest, desto großartiger werden die industriellen Anlagen gegründet, desto früher wird mit zurückgebliebenen, kapitalschwachen Betriebsformen aufgeräumt, desto sicherer erfolgt ein behender Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung, die Anbahnung einer sozialistischen Wirtschaftsweise.

Richard Calwer.

## Soziales und Partei-Leben.

Wegen Verleumdung des früheren Rechtsanwalts Hans Blum in Leipzig wurde am Montag in Berlin nach stündiger Verhandlung, die den ganzen Sitzungstag der 8. Strafkammer in Anspruch nahm, der frühere verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Dierl, zu 150 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Der verantwortliche Redakteur des „Goth. Volksbl.“, Genosse Jooß, der gegenwärtig wegen eines Preßvergehens eine Gefängnisstrafe verbüßt, hat beim Ministerium seine Haftentlassung beantragt, damit er an den Verhandlungen des Landtages theilnehmen könne. Wie mitgetheilt wird, soll sich Genosse Jooß bereits auf freiem Fuße befinden.

Achtung, Bäcker! In der Bäckerei von G. Dertel, Hamburg, Esplanade, wurde am Montag ein Mitglied des Verbandes der Bäcker gemahregelt. Sieben Kollegen erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und legten die Arbeit nieder.

Achtung, Schuhmacher! Kollegen, haltet den Zuzug nach der Dietrichen Fabrik in Ottenfen fern. Ein überzeugter Vereinskollege darf dort vorläufig nicht in Arbeit treten. Das Streikomitee.

In Tangermünde hat der Streik der Zuckersabrikarbeiter (1500) mit dem Erfolge geendet, daß dem

neten Kaffee, den sie bereitet hatte. Die gute Berion geriet darüber in nicht geringe Verlegenheit. Sie schlug die Augen nieder und betrachtete bald ihren rechten, dann ihren linken Stiefel, endlich steckte sie die ganze Faust in den Mund und begann daran zu kauen, alles mit dem unverrückbaren Ernst in Haltung und Mienen. So stand sie noch, als im Hause eine helle, jugendliche Stimme ihren Namen rief. Die Gäste des Professors blickten erstaunt und fragend auf, dieser nicht befriedigt.

„Es ist die Randl,“ sagte er, „möchte nur wissen, ob sie einen guten Jag gethan.“

„Kathrein,“ rief es drinnen abermals, „Kathrein, Du aller schönste Wirbelthier, wo steckst Du denn? Ich habe Dir einen Kal gefangen, hörst Du, einen Kal — all! Mit der Bravour einer Primadonna wurde dies letzte Wort, nachdem es stakkato die Stala durchlaufen, herausgeschleudert.

Alles lachte, Kathrein aber lief rasch ins Haus. „Diese Randl hat eine recht gesunde Brust,“ meinte Erwald.

Im nächsten Augenblick erschien ein kleines, zartes Wesen auf der Schwelle, das in raschen, fliegenden Schritten herankam. Als es die fremden Personen, die glänzenden Uniformen erblickte, blieb es mit einem Ruck wie angewurzelt stehen und starrte mit seinen großen braunen Augen alle der Reiche nach an.

Auf den Gesichtern der also Betrachteten spiegelten sich Neugier und Erstaunen in einem kaum geringeren Grade.

Sie blickten auf das kleine Mädchen, daß ihnen abstoßend und anziehend zugleich erschien. Es mochte nicht über fünfzehn Jahre alt sein, der kleine Körper war eckig und unausgebildet, und man konnte dies sehr wohl bemerken, denn ihre Tracht zeigte nicht die Präzision, darüber hinwegzutäuschen.

Randl trug ein grobes, weißes Hemd, dessen um den Hals gelackter Zug dasselbe auf einer Seite herabfallen ließ, sodas die zarte, bräunliche Achsel sichtbar wurde. Ein dunkler, wollener Rock schloß knapp und eng um ihre schlanken Hüften; da sie stundenlang im Wasser herumgewatet war, hatte sie ihn, um ihn nicht zu beschmutzen, hinaufgezogen und ihn rückwärts mit einer Nadel zusammengesteckt, er ließ die nackten Füße hervortreten, die trotz ihrer Magerkeit von untadelhafter Form waren, was wohl seltener ist, als man gewöhnlich glaubt. Dennoch bot der Anzug dieses Mädchens nichts Absonderliches. Dergleichen schlechtbekleidete Kinder sieht man auf dem Lande während des Sommers häufig genug herumkreischen, aber die Haltung, die ungewöhnliche Zartheit der Formen, und namentlich der Kopf dieses jungen Geschöpfes in seinem malerischen, phantastischen Aufputz waren auffallend und wirkten in der That befremdend. Dieser Kopf zeigte den vollkommenen Typus einer Südländerin, und nur ein Rind des Südens weiß ihr auf diese Weise zu schmücken. Das große, schöne Blatt des Hufstättch war wie ein Hut auf dem blauschwarzen Haar besetzt und beschattete Stirn und Augen, die aus diesem Halbdunkel feurig hervor bligten. Ueber die zarten, kaum gerötheten Wangen und die untere Partie des Gesichts, mit dem etwas zu stark hervortretenden Rinn, legten sich Sonnenreflexe und verliehen dem dunklen Teint eine goldige Färbung, das Entzücken des Südländers, die aber einem nordischen Auge zu braun und deshalb unschön erscheint. In eine lange Flechte ihres Haars hatte sie die verschiedensten federartigen Gräser und Farren gewunden, die von jedem Windhauch bewegt, über der entblößten Schulter sich schaukelten. So stand sie; in der einen Hand die lange, dünne Angelruthe, auf die sie sich etwas stützte, in der anderen einen Halbstiefel; der seiner Größe wegen nicht der ihre sein konnte, und den sie an seinem oberen Theile fest zusammenhielt.

## Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(20. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Sie hatte rasch einen Handschuh angezogen und nahm nun ohne weitere Umstände dem Onkel den Kaffeetopf aus der Hand.

„Die Fortsetzung besorge ich,“ sagte sie mit ihrem grazibsten Lächeln, und damit waren natürlich alle zufrieden. Die Baronin hatte sich vorgenommen, den Kaffee heimlich auszugießen, als aber die Gräfin ihn lobte, versuchte sie ihn ein wenig und fand, daß er wirklich gut war. Anerkennung erfolgte hierauf von allen Seiten. Selbst der General schien zufrieden. Valerie reichte den Kuchen herum und das Obst, und man griff wacker zu. Man begann sich behaglicher zu fühlen und der Professor kam in die liebenswürdigste Stimmung.

Der Kuchen schmeckte ihm besonders, er hatte noch niemals einen so ausgezeichneten zu essen bekommen, so sagte er. Er vertilgte auch ganz unglaubliche Quantitäten davon, und als er hörte, die Gräfin wäre es, der man diesen guten Einfall zu verdanken gehabt habe, wurde er gegen die muntere Frau ganz besonders galant. Der General bot nun Zigarren herum und die Herren begannen zu rauchen.

Die Frau Baronin war die erste, welche bat, man möchte doch nach dem Wagen sehen, sie wünsche, bald nach Hause zu fahren. Dienstherrig sprangen der Hauptmann und Erwald zugleich auf, aber der erstere bestand darauf, den Wunsch der Frau Baronin allein in Ausführung zu bringen, und er setzte es auch durch, daß Erwald zurückblieb. Der Hauptmann entfernte sich und bald darauf kam Kathrein heraus, um das Geschirr abzutragen.

Man machte ihr Komplimente über den ausgezeich-



Personal ca. 10 pCt. Zulage gewährt worden sind. Der bisherige Mindestlohn betrug 1,75 Mk. täglich, verlangt wurden 2,50 Mk. Bemerkenswerth ist noch, daß auch die Polen (an Zahl 5—600) sich an der Bewegung beteiligten; sie erklärten sogar, nicht unter 3 Mk. täglich arbeiten zu wollen.

**Verbandsstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands in Magdeburg.** Der Verbandstag, seit der Gründung des Verbandes (1891) der vierte, wurde am Sonntag, den 14. März, abends 6 1/2 Uhr, in dem festlich geschmückten Saale des Etablissements „Friedrichsplatz“ eröffnet. Nach einigen kurzen Begrüßungsworten des Kollegen Schuch-Magdeburg und einem der Bedeutung des Tages entsprechenden Gesangsvortrage des Graphischen Gesangsvereins nahm der Verbandsvorsitzende Bömelburg das Wort. In einer zu Herzen gehenden und auf die Bedeutung des Verbandstages hinweisenden Ansprache begrüßte er die Delegierten und die zahlreich mit ihren Familien anwesenden Kollegen Magdeburgs. Hierauf erklärte er den Verbandstag für eröffnet und berief den Kollegen Beck-Hamburg als provisorischen Schriftführer ins Bureau. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird dann die definitive Wahl des Bureaus vorgenommen. Es werden gewählt als Vorsitzende Bömelburg-Hamburg und Jacob-Weißig, als Schriftführer Fürbörter-Flensburg, Kelpin-Berlin, Frißch-Berlin, Wegener-Bremen, Tieste-Hannover und Kupke-Görlitz, als Führer der Rednerliste Beck-Hamburg und Mügel-Lübeck. In die Mandatsprüfungskommission wurden berufen Schauer-Stettin, Schmidt-Ludwigsbafen, Götzenberger-München, Tönnies-Hannover, Brüngen-Altenburg und Schulze-Charlottenburg. Hierauf wird die Geschäftsordnung berathen und nach kurzer Diskussion die auf dem vorigen Verbandstage geltende auch für die diesmaligen Verhandlungen als maßgebend anerkannt. Die Tagesordnung für den Verbandstag wird unter Ablehnung eines von der Zahlstelle Flensburg gestellten Antrages, den zweiten Punkt der Tagesordnung als letzten zu setzen, in der vom Vorstand aufgestellten Reihenfolge beibehalten. Ein Antrag der Zahlstelle Wandsbek, den Bauschwandel als weiteren Punkt der Tagesordnung einzufügen, fand nicht die Zustimmung der Delegierten.

Die Tagesordnung lautet demnach: 1. Bericht der Agitationskommission; 2. Situationsbericht der Delegierten; 3. Agitation und Streik; 4. Die neue Unfallversicherung-Novelle; 5. Die Aufdeckung der Mißstände im Baugewerbe; 6. Neuwahl der Agitationskommission.

Die gedruckt vorliegende Präsenzliste ergibt, daß 91 Delegierte aus 79 Wahlabtheilungen den Verbandstag repräsentieren; die Delegierten sind bis auf den Delegierten Baust-Strasburg anwesend. Als Vertreter des Ausschusses ist Doehne-Berlin anwesend, während der Vorstand durch Bömelburg und Köster vertreten ist. Das Fachorgan „der Grundstein“ hat seine Vertretung in Raepfow und Stainingt.

**Buchdrucker und Sechsmaschine.** In Newyork läßt sich bereits übersehen, wie die Sechsmaschine ein Arbeitslohnheer der Buchdrucker schaffen wird. Folgende Uebersicht zeigt, welche Zeitungen die Sechsmaschine bereits einführt und wie die Einführung auf die Größe des Personals wirkte:

Titel der Zeitung	An Sechsmaschinen Beschäftigte	Früher beschäftigt Gewesene	Arbeitslos gewordene Zeitungsgeseker
World	83	189	106
Herald	65	127	62
Times	39	77	38
Presse	19	50	31
Abendblätter	18	40	22
Journal	13	30	25
	237	513	284

Also genau die Hälfte des Zeitungsgeseker-Personals ist nur bei 6 Zeitungen in Newyork durch die Sechsmaschine arbeitslos geworden. Das wird eine Umwälzung im Buchdruckgewerbe und hoffentlich auch in den — Köpfen der Seker geben!

**Meerane i. S.** Bei der Gewerbegerichts-Erziehung wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten gewählt.

**Sämtliche Politurarbeiter und Vergolder in der Fabrik von Gersdorf und Brandenburg in Pasing-München** haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

## Aus Nah und Fern.

**Was gemacht wird.** Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Einer unserer Redakteure erhielt von einem bekannten Schriftsteller einen von Beleidigungen strotzenden und mit Thätlichkeiten drohenden Brief, weil unser Redakteur dem Schriftsteller bei einer zufälligen Begegnung im Theater am Sonnabend den Gruß verweigert hat. Der Grund, der unseren Redakteur dabei leitete, dürfte die Deffentlichkeit interessieren. Der Schriftsteller hatte nämlich vor einiger Zeit bei uns einen nichtswürdigen Bestechungsversuch gewagt. Nur aus Rücksicht auf seine Angehörigen wurde von einer Veröffentlichung abgesehen. Der erwähnte Schriftsteller hatte dem „Berliner Tageblatt“ nämlich einen Feuilletonroman zur Prüfung vorgelegt. Es lag ein Brief bei, welcher den Redakteur ersuchte, die Annahme des Romans bis zu einem bestimmten Tage zu bewirken. Dem Briefe war folgende Anweisung beigefügt:

„An die Bank für Handel und Industrie.  
Berlin, Schinkelplatz.  
Ersuche dem Ueberbringer 200 M. (Zwei hundert Mark) meines Guthabens für mich auszugeben, deren Empfang ich unter dem heutigen Datum hiermit quittive.“

(Name des Autors.)“

Zugleich schrieb der Schriftsteller, daß er seinen Dank nach definitiver Annahme noch weiter betheiligen werde. Der Redakteur sandte Roman und Anweisung zurück. Der Schriftsteller ist Herr Robert Mißch, eine hervorragende Größe unter den „Dramatikern“, die gegenwärtig auf der deutschen Bühne herrschen.

**Gaben.** Eine gewaltige Feuersbrunst äscherte auf der Braunkohlengrube „Guben-Felder“ das Maschinenhaus, den Förderthurm, das Zimmereihaus und andere Baulichkeiten ein. Mehrere Schächte sind eingestürzt. Der Schaden ist sehr bedeutend. Achtzig Arbeiter sind brodflos.

**Danzig.** Bei einem Tanzvergnügen in Schiditz wurde infolge einer Eifersuchtszene die unverschämte Johanna Gurski von ihrem Liebhaber, dem Arbeiter Marlinki aus Ohra, erstochen. Der Mörder ist flüchtig geworden.

**Halle.** Von der deutschen Pressfreiheit. Vor dem Landgericht Halle a. S. standen am 15. d. M. als Angeklagte die Genossen Barbier Paul Böttcher und der frühere verantwortliche Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, Karl Brandt. Sie waren beschuldigt, den Ober-Polizeiinspektor Weydemann dadurch beleidigt zu haben, daß Böttcher in der im Dezember in „Prinz Karl“ stattgehabten Protestversammlung (Referent Ad. Thiele) eine ihm übergebene Resolution verlesen und Brandt dieselbe in der nächsten Nummer des „Volksblattes“ veröffentlicht habe. Die Resolution sprach Tadel

aus über das Auftreten Weydemanns als Amtsanwalt in Boykottprozessen gegen das „Volksblatt“. Das Gericht verurtheilte unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Sperling den Genossen Böttcher zu 2 Monaten und den Genossen Brandt, weil dieser schon vorbestraft sei, zu 3 Monaten Gefängniß.

**Schmalzladen.** Der Zimmermann Ed brachte im Streite seiner Frau, die vorher auf das Dach geflüchtet, aber auf Bureben ihres Sohnes zurückgekehrt war, durch Arzthilfe gegen die Stirne tödliche Verletzungen bei. Ed hatte eine zweijährige Zuchthausstrafe verbüßt wegen unerlaubten Umgangs mit seiner Stieftochter; seine Frau hatte Anzeige erstattet.

**Nachen.** Wegen Mißhandlung dreier Personen auf der Straße und Polizeiwache wurde der Schumann Wölpe von der Strafkammer zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

**Crenzot (Belgien).** In den Vessener Stahlwerken wurden durch eine Explosion ein Arbeiter getödtet und andere Arbeiter verwundet.

**Die Folge eines unserer Siege in Oesterreich.** Kaplan Broza in Blanksko bei Brünn geriet über den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten Hübisch bei der Stichwahl im Brünnener Wahlkreis in so starke Aufregung, daß er in Tobhucht verfiel und nach Brünn in die Landes-Irrenanstalt gebracht werden mußte. Der Kaplan verfiel auf der Fahrt dorthin abermals in Tobhucht, so daß er gefesselt werden mußte.

**Dress.** Es scheint nunmehr sicher, daß das Rotterdamer Wadboot „Ulrecht“ während des Sturmes am 5. d. in der Nähe der Küste mit zahlreichen Passagiren untergegangen ist.

**6937 Pfund eingeschmuggelter Tabak** wurde vergangenes Jahr in England von den Zollbeamten konfisziert. Früher war es üblich, solchen Tabak „in die Pfefse der Königin“ zu thun, d. h. ihn pro seco zu verbrennen. Jetzt bekommen ihn die Irrenhäuser, die botanischen Gärten und die in fernen Ländern stationirten Truppen. Im Jahre 1896 erhielten das Broadmoor und das Dundrum-Irrenhaus 2000 Pfund des zollbedürftigen Krautes. Die botanischen Gärten in New bei London bekamen 3000 Pfund gratis. Ob in der That so viel Tabaksaft zur Vernichtung der Insekten und der Vertreibung des Wehlthaus erforderlich war? Der botanische Garten von Edinburgh mußte sich im letzten Jahre mit 300 Pfund begnügen. Dort scheinen die Verhältnisse also günstiger zu liegen. Die Truppen dagegen bekamen gar nichts, denn erst kommen die Geisteskranken und die Insekten in den botanischen Gärten.

**Die Kräh im Hippodrom.** Die Stadt Meckeln ist von einem eigenthümlichen Unheile heimgesucht. Am letzten Tage des großen Karnevals, hatte sich auf dem Rathhausplatz ein Hippodrom niedergelassen, das drei Kameele und mehrere dressirte Pferde zum Herumreiten in seiner Rembahn anpries. Die Sache fand großen Anklang; viele Einwohner und vor Allem Einwohnerinnen der Stadt leisteten sich einen Kameelritt. Gestern bemerkte ein Arzt, daß ein junges Mädchen, das auf einem dieser Kameele geritten war, von der Kräh ergriffen war; er machte der Polizei Anzeige. Die Polizei ließ sofort die Kameele und Pferde untersuchen; die Thierärzte stellten fest, daß alle Kameele und Pferde diese Krankheit hatten. Das Hippodrom ist sofort geschlossen, auch ein Kameel getödtet worden. Inzwischen hat diese Krankheit die meisten Besucher, besonders die Besucherinnen des Hippodroms ergriffen; polizeilich sind über hundert Erkrankungen festgestellt.

„Nun, Mandl,“ fragte der Professor, „hast Du vielleicht auch eine Lamprete erwischt?“ Sie nickte ein klein wenig mit dem Kopfe. „Ist alles drinnen?“ Ihre Augen wendeten sich von den Uniformen ab. „Wirklich, Kind, die Lamprete auch? Wo hast Du sie denn gefunden?“

„Um Quellfande.“

„Heißen Sie doch Mandl näher kommen,“ äußerte sich die Gräfin gütig; „die Kleine scheint sehr furchtsam zu sein.“

„Das habe ich bisher noch nicht an ihr bemerkt,“ versetzte Wüst humoristisch.

„Was ist denn das für ein Geschöpf?“ riefen Thella und die Baronin. „Das ist ein Zigeunerkind!“

„Wohl möglich,“ lachte Ewald, „sie hat einen so apatten Reiz. Ich für meinen Theil finde die kleine Sonnenverbrannte höchst pikant.“

„Sie erscheint mir, als wäre sie aus einem Bilbe von Murillo getreten,“ bemerkte Hans.

„Phantastisch genug sieht sie aus,“ ergänzte die Gräfin, „und dennoch erscheint alles so ungesucht, so unabsichtlich bei ihr.“

Der Professor fing an zu lachen. „Sie meinen doch nicht am Ende gar, die Mandl hätte sich absichtlich schön gemacht? Nein, soweit sind wir mit ihr noch lange nicht, die hat noch keine Berechnungen, die hat einsteilen nur Instinkte. Aber, komm doch näher, Mandl, rühre Dich!“

Über Mandl rührte sich nicht von der Stelle; nur mit der Angelruthe deutete sie gegen die Herren hin. „Die da?“ sagte sie in einem ungewissen Tone, der zwischen erschreckter Neugier und fragender Bewunderung die Mitte hielt.

„Die Uniform sticht ihr in die Augen,“ bemerkte mit einigem Wohlgefallen der General.

„Das pflegt bei Halbwilden der Fall zu sein,“ scherzte die Gräfin.

„Bei Mädchen überhaupt,“ betonte Ewald, indem er einen aufmunternden Blick der Kleinen zuwarf.

„Was heißt das, die da?“ fragte der Professor, Mandl in Ton und Geberde nachahmend. „Was willst Du damit sagen? Sprich, bist doch sonst nicht auf den Kopf gefallen.“

„Wen sollen sie denn da fangen?“ playte Mandl heraus.

Man sah sich verbugt an. Was meint sie damit, fragte man sich gegenseitig.

Aber Ewald sprang auf sie zu: „Dich möchte ich fangen, Du kleiner Kobold.“

Mandl that einen Satz zurück.

„Ich bin keine Diebin, ich habe nichts gestohlen!“ rief sie in energischer Zurechtweisung.

„Meinst Du, ich laufe Diebinen nach?“ lachte Ewald.

„Ich weiß schon, Ihr habt stets mit dem schlechtesten Gefindel nur zu thun. Deshalb tragt Ihr ja auch den Säbel an der Seite.“

„Das ist köstlich, das ist unbezahlbar!“ schrie der Professor auf, und er schlug sich dabei vor Vergnügen auf die kleinen Beine. „Meine Herren, die Mandl hält Sie allesamt für Gensdarmen.“

„Oh!“ machte der General, wie in seiner Würde verletzt. „Wir sind Offiziere der Armee, mein Kind.“

„Ich glaube, sie hat ihr Lebetag nichts von ihnen gehört und gesehen.“

„Ich bin General!“

Die Kleine betrachtete ihn mit höchstem Mißtrauen, dann wendete sie sich mit einem raschen Blick an den Professor: „Warum sind sie denn mit ihren Waffen hierher gekommen, sie haben doch nichts Böses gegen Sie oder gegen Hans im Sinn?“

Alle lachten; aber der General erhob sich mit Würde: „Mit diesem guten Degen schützen wir das bedrohte Vaterland, mein Kind.“

„Dann schützt es, wo es bedroht ist, aber hier bei uns ist gar nichts bedroht, und keinen Krieg giebt's hier auch nicht, und (sie wandte sich wieder an den Professor) ich an Ihrer Stelle thät es gar nicht leiden, wenn die mit ihren Mordwaffen in ein friedliches Haus einbringen.“

„Schweig! Mandl,“ sagte der Professor, „das sind meine Gäste, und das übrige verstehst Du nicht.“

Mandl drehte sich um und schritt dem Hause zu.

„Sie sprach ein großes Wort gelassen aus,“ meinte Hans, indem er ihr lächelnd nachsah.

„Das ist ein netter Racker, den Sie sich da großgezogen haben, Herr Professor,“ sagte der General in einem ziemlich aufgebrachtten Ton. „Die hätte uns, glaube ich, am liebsten gleich alle zur Thüre hinausgeworfen.“

„Ich finde sie höchst ergötlich, lieber Henri,“ versicherte die Gräfin.

Der Professor aber schüttelte bedeutsam den Kopf.

„Sie dürfen mir keine Vorwürfe machen, Sie haben es wohl noch nie erfahren, wie schwer es ist, einen Kopf wie diesen da, mit soviel gesundem Verstand und so wenig Kenntniß der Welt, für unsere Begriffe und Anschauungen zurechtzufassen; ich komme mir ihr gegenüber manchmal recht dumm vor, und dann ist sie so schartig, und ich habe nicht die Zeit, sie zu glätten. Der Stefan hat es unternommen, ihm gehorcht sie auch, aber er zweifelt selbst daran, diesen Wildfang jemals etwas von den Tugenden der Demuth und Sanftmuth beizubringen.“

„Sie ist entsetzlich verwahrloßt,“ klagte Thella.

„Schauerlich unwissend,“ polterte der General.

(Fortsetzung folgt.)